
Berliner Debatte Initial

4

31. Jg. 2020

**Chinas neue
Seidenstraßen**

Land

Gelenkte
Marktwirtschaft

Hagemann
Scholz

Herausforderungen
für Politik und Wirtschaft

Schäfer

Die Schatzkammer öffnen

Busch

Nietzsches
Briefe

van der Heyden

Berliner
Mohrenstraße

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-52-4

Autorinnen und Autoren

Ulrich Busch, Dr. oec. habil.
Finanzwissenschaftler, Leibniz-Sozietät der
Wissenschaften zu Berlin

Wolfram Elsner, Prof. Dr.
Wirtschaftswissenschaftler, Universität
Bremen

Heinz Gödde
Geograph, Historiker und Sozialwissen-
schaftler, Aachen

Norbert Hagemann, Dr.
Politikwissenschaftler, WeltTrends Institut
für Internationale Politik

Wladislaw Hedeler, Dr.
Historiker, Berlin

Ulrich van der Heyden, PD Dr. Dr. Dr.
Historiker und Politikwissenschaftler,
University of South Africa, Pretoria

Karin Kulow, Prof. Dr. sc. phil.
Arabistin und Islamwissenschaftlerin, Berlin

Rainer Land, Dr. sc. oec.
Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler,
Potsdam

Jürgen Leibiger, Dr. rer. oec. habil.
Wirtschaftswissenschaftler, Radebeul und
Dresden

Sebastian Reil
Senior Consultant, Foreign Direct Invest-
ment Center (FDI), Wien

Carsten Schäfer, Dr.
Sinologe, Universität zu Köln

Dieter Segert, Prof. i. R., Dr.
Politikwissenschaftler, Wien und Berlin

Helmut Scholz
Politikwissenschaftler, Mitglied des Europäi-
schen Parlaments

Joachim Wahl
Lateinamerikanist, Berlin

Akil Yunus, M. A.
Journalist & Researcher, IMAN Research
Kuala Lumpur, Malaysia

Chinas neue Seidenstraßen

Zusammengestellt von Rainer Land
und Erhard Crome

CHINAS NEUE SEIDENSTRASSEN

		* * *
<i>Rainer Land</i>		<i>Ulrich Busch</i>
Chinas gelenkte Marktwirtschaft und die Seidenstraßen-Initiative	2	„Artisten-Metaphysik“. Friedrich Nietzsches literarische Briefe
		121
<i>Norbert Hagemann, Helmut Scholz</i>		<i>Ulrich van der Heyden</i>
Die Neue-Seidenstraße-Initiative – Herausforderungen für Politik und Wirtschaft	23	Die Umbenennung der Berliner „Mohrenstraße“ – eine Blamage
		133
<i>Wolfram Elsner</i>		BESPRECHUNGEN UND REZENSIONEN
Globalisierung, De-Globalisierung, Re-Globalisierung	37	Paul Stephan: Links-Nietzschanismus. Band 1: Nietzsche selbst. Band 2: Aneignungen Nietzsches. Rezensiert von <i>Ulrich Busch</i>
		145
<i>Sebastian Reil</i>		Thomas Großbölting: Die Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90 Rezensiert von <i>Dieter Segert</i>
Die Belt and Road-Initiative und Chinas Direktinvestitionen	49	
		148
<i>Karin Kulow</i>		Wolfgang Ruge: Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte Rezensiert von <i>Wladislaw Hedeler</i>
Chinas Seidenstraßen-Projekt und die muslimischen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens	64	
		150
<i>Joachim Wahl</i>		Ulrich Busch: Geldkritik. Theorien – Motive – Irrtümer Rezensiert von <i>Jürgen Leibiger</i>
China in Lateinamerika	76	
		154
<i>Carsten Schäfer</i>		Ole Döring (Hg.): Chinesische Perspektiven Annotiert von <i>Rainer Land</i>
Die „Schatzkammer“ öffnen: Die Rolle der Auslandschinesen in der Seidenstraßen-Initiative	88	
		158
<i>Heinz Gödde</i>		Inhaltsverzeichnis 31. Jahrgang 2020
China in Sri Lanka	100	
		159
<i>Akil Yunus</i>		
Die Neue-Seidenstraßen-Initiative – Kennzeichen eines revisionistischen oder eines integrativen China?	113	

Rainer Land

Chinas gelenkte Marktwirtschaft und die Seidenstraßen-Initiative

One Belt, One Road (OBOR) oder *One-Belt-One Road-Initiative* (BRI), deutsch *Neue-Seidenstraßen-Initiative* genannt, ist eine chinesische Initiative zum Aufbau neuer interkontinentaler Handels- und Infrastrukturnetze. Sie wurde 2013 von Xi Jinping, dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas und Staatspräsident der Volksrepublik, angekündigt.¹ Inzwischen beteiligen sich mehr als 70 Länder mit Absichtserklärungen (engl.

Memoranda of Understanding) und vielen einzelnen Projekten. Eine zentrale Koordination, Finanzierung oder Evaluation gibt es nicht, aber regelmäßige Kommunikation der Beteiligten. Abbildung 1 zeigt die landgebundenen Trassen, die durch Zentralasien nach Europa und in den Nahen Osten führen, und die maritimen Seidenstraßen, die durch das Südchinesische Meer, den Indischen Ozean nach Afrika, durch den Suez-Kanal ins Mittelmeer nach Griechenland und Italien führen; andere maritime Straßen gehen nach Indonesien und durch den Pazifik nach Lateinamerika. Durch Infrastrukturprojekte sollen neue Korridore für wirtschaftliche Entwicklung geschaffen bzw. bestehende Cluster verbunden werden.² In dieser Einleitung soll die Neue-Seidenstraßen-Initiative in die Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft eingeordnet werden.

Abb. 1: Die neuen Seidenstraßen (Sieren 2020)



Die chinesische Volkswirtschaft vor 1978³

Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 156 US-Dollar (USD) pro Kopf und Jahr (vgl. China National Human Development Report 2019: 1) war China 1978 eines der ärmsten Entwicklungsländer der Welt. Armut und Hunger bestimmten das Bild, China stand am Rande einer Katastrophe: „Nur ein ungeheurer Kraftakt, ein noch nie eingeschlagener Kurs versprach einen Ausweg. [...] Deng und die ihm folgenden Reformpolitiker verkörperten diesen Weg“ (Klein 2020). Nicht ganz 40 Jahre später formulierte Xi Jinping den *Chinesischen*

Traum: die Wiederbelebung der chinesischen Nation, eine Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand und ein Land, das reich, stark, demokratisch, zivilisiert und harmonisch ist (Xi 2017). Wie war das möglich?

Chinas Volkswirtschaft war bis in die 1980er Jahre eine sozialistische Planwirtschaft. Die quantitativ dominierende ländliche Produktion war in Volkskommunen organisiert. Diese produzierten nicht nur Agrarprodukte, sondern eine breite Palette von Lebensmitteln und stellten benötigte Produktionsmittel und industrielle Produkte soweit möglich selbst her. Ihre Produktion diente zunächst dem Eigenverbrauch ihrer Mitglieder, ein Teil der Produktion musste an den Staat abgeführt werden. Die Mitglieder waren nicht einfach Arbeitskräfte, die gegen Lohn arbeiteten, sie waren „ganzheitlich“ in das Sozialsystem der Volkskommune integriert – politisch, lebensweltlich, bei der Gesundheitsversorgung, der Bildung usw. Die kapitalistische Trennung von Arbeit und Leben sollte so aufgehoben werden.

Auch die staatseigenen Industriebetriebe und Organisationen, wie Militär, Polizei, Universitäten, Institute, Kultureinrichtungen usw., strebten eine Integration von Arbeit und Leben an. Auch hier sollten die Individuen umfassend integriert werden; sie waren auf Lebenszeit beschäftigt, wurden auch im Alter oder bei Krankheit versorgt und in das betriebliche Sozialsystem Danwei⁴ integriert, das Wohnungen, Gesundheitsleistungen, Altersrente, Bildung und Kultur zur Verfügung stellte. Andererseits waren vergesellschaftete Sozialsysteme kaum entwickelt.

Makroökonomisch sollte wirtschaftliche Entwicklung über ein System der staatlichen Planung und Leitung der Volkswirtschaft gesteuert werden. Volkskommunen und Industriebetriebe waren unselbständig bei der Entscheidung über ihre Produktpalette, über Investitionen und Innovationen. Die zentrale Planungsbehörde wies den Betrieben in Jahresplänen Produktionsaufträge und die dafür benötigten Ressourcen (Arbeitskräfte, Produktionsmittel, Rohstoffe) zu. Fünfjahrespläne waren ein wichtiges Instrument zur Kommunikation und Lenkung wirtschaftlicher Entwicklung. Die ersten fünf Planungswerke

folgten der planwirtschaftlichen Logik, dabei bestimmten ideologische Prämissen und Richtungskämpfe in der KPCh die Wirtschaftspolitik bis in die 1970er Jahre.⁵

Schwerpunkte waren zunächst die Industrialisierung des Landes und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft mittels Kollektiveigentum. Die Versuche der 1950er und 1960er Jahre, Unterentwicklung und Armut durch einen *Großen Sprung nach vorn* oder eine *Kulturrevolution* zu beenden, scheiterten. Nach dem Fiasko des *Großen Sprungs nach vorn* (1958 bis 1961) und der daraus folgenden *Großen Chinesischen Hungersnot*⁶ folgten mit dem dritten Fünfjahresplan (1966 bis 1970) zunächst Korrekturen: Der Schwerpunkt lag ein paar Jahre auf Grundbedürfnissen der Bevölkerung: Ernährung und Kleidung, der Entwicklung der Landwirtschaft und der Infrastruktur.

Allerdings rückte bald die nationale Verteidigung ins Zentrum der zu verfolgenden Ziele, weil China wegen zunehmender Zerwürfnisse nicht mehr auf ein Militärbündnis mit der Sowjetunion bauen konnte. China entwickelte in den 1960er Jahren eigene Atomwaffen, der erste Test erfolgte 1964 (kurz darauf erklärte die VR China den uneingeschränkten Verzicht auf den Ersteinsatz). Man verlagerte Teile der Industrie von der Küste in schwer zugängliche Regionen im Landesinnern. Die Wirtschaftspolitik wurde bis in die 1970er Jahre „immer weniger von einer betriebs- und volkswirtschaftlichen Ratio getrieben“. Stattdessen wurde sie „zunehmend einem militärstrategischen Kalkül untergeordnet“. Im vierten Fünfjahresplan (1971 bis 1975) dominierten „militärstrategische Erwägungen und ideologisch motivierte Richtungsstreitigkeiten“, die *Dritte-Front-Strategie* und die *Kulturrevolution* bestimmten das Bild (Taube 2014: 12).

Im vierten Fünfjahresplan (1971 bis 1976) wurde eine Wachstumsrate von 12,5 Prozent angestrebt, es wurden Mengenziele für die Getreideproduktion, die Baumwollproduktion, die Stahl- und Kohleproduktion, die Elektroenergie und den Schienentransport beschlossen. Allerdings befand sich Chinas Wirtschaft in einer tiefen Krise: „[...] die Schließung zahlreicher Bildungseinrichtungen und die

rein ideologische Ausrichtung des Unterrichtsstoffs, [ließ] eine ganze Generation ohne hinreichende Schul- und Universitätsausbildung zurück [...]“ (ebd.: 14).

Die Transformation in eine *gelenkte Marktwirtschaft*

Nach Maos Tod begann ein Richtungskampf. Eine rationale wirtschaftspolitische Zielsetzung und Strategie konnte erst nach dem Ende des Hua-Guofeng-Interregnums 1976-1978 durch die Reformkräfte unter Deng Xiaoping durchgesetzt werden (vgl. Taube 2014: 14). Er brachte das ursprünglich auf Zhou Enlai zurückgehende Programm der vier Modernisierungen auf den Weg. Die Entscheidung fiel im Dezember 1978 auf einem Plenum des ZK der KPCh nach einer harten Auseinandersetzung mit den Nachfolgern einer maoistischen Orientierung. Deng gelang es, die Nachfolger Maos von der Macht zu verdrängen und einen Modernisierungskurs durchzusetzen.

Die Reform- und Öffnungspolitik führte über eine Vielzahl von Schritten zu einem dynamischen Wirtschaftssystem, das als Entstehung und Ausdifferenzierung einer *gelenkten Volkswirtschaft* gedeutet werden kann. Das bemerkenswerte daran ist, dass diese Transformation nicht einem vorgegebenen theoretischen Modell – etwa dem neoklassischen Modell einer freien Marktwirtschaft oder einer Variante der sozialen Marktwirtschaft westeuropäischen Typs – folgte. Sie kopierte kein vorhandenes Vorbild – etwa die US-amerikanische oder die japanische Volkswirtschaft. Allerdings wurden viele einzelne Elemente gesichtet und übernommen – beispielsweise Japans Kreditlenkung (vgl. Werner 2007) und Technologiepolitik, Managementmethoden von amerikanischen und deutschen Firmen oder später auch Teile des deutschen Sozialversicherungssystems. Aber diese Elemente wurden stets in das eigene sich dabei verändernde System integriert.

Chinas Volkswirtschaft ist eine eigenständige Variante einer gelenkten Volkswirtschaft. Sie entstand und veränderte sich in einem Such- und Selektionsprozess, dessen Entwick-

lungspfad im Prozess der Transformation selbst entstand. Institutionelle Innovationen wurden versucht: Modernisierung, Dynamik, Zuwachs an Produktivität und Effektivität, Überwindung der Armut, bescheidener Wohlstand, möglichst geringe Arbeitslosigkeit. Es entstand ein neuartiges Volkswirtschaftssystem. Die chinesische Transformation war keine Transformation *in ein vorherbestimmtes Wirtschaftsmodell*, sondern die Transformation *aus einem dysfunktionalen System* heraus durch einen evolutionären Such- und Selektionsprozess, den ich als *Mosaikrevolution* beschreiben möchte.⁷ Jared Diamond hat eine historische Transformation beschrieben, die sich nach einem ähnlichen Muster vollzog. Insbesondere der Umbruch im Japan der Meiji-Ära weist Parallelen zu der chinesischen Entwicklung nach 1978 auf.⁸

*Die Reorganisation der Landwirtschaft*⁹

Ohne eine erhebliche Steigerung der Lebensmittelproduktion zu Beginn der 1980er Jahre wäre Dengs Politik gescheitert – man musste den Hunger besiegen und eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln gewährleisten. Nur so konnte die KP-Führung erreichen, dass die auf die Arbeiter und die Landbevölkerung zukommenden Veränderungen akzeptiert und mitgetragen wurden. Die Legitimation des Reformkurses hing vom Gelingen dieses ersten Schrittes ab. Die Volkskommunen auf dem Land wurden aufgelöst, der Boden und die Bewässerung (die wichtigste Infrastruktur der Landwirtschaft) blieben Staatseigentum, wurden aber den „dörflichen Haushalten“ (den Bauernfamilien) zur Bewirtschaftung im Rahmen eines vertragsgebundenen Verantwortlichkeitssystems verpachtet. Der Getreidemarkt wurde liberalisiert, die bäuerlichen Agrarbetriebe durften einen großen Teil ihrer Produktion frei verkaufen, nur ein kleiner Teil war als Steuer an den Staat abzuliefern. Die Investitionen in die Landwirtschaft verdoppelten sich zwischen 1980 und 1985 von 9 Mrd. Yuan auf 20 Mrd. Im Ergebnis verdoppelte sich binnen 10 Jahren die Agrarproduktion, China konnte erstmalig seine immer noch schnell wachsende Bevölkerung ausreichend mit Getreide,

Fisch und Fleisch in bescheidenen aber ausreichenden Mengen versorgen und 1990 die Lebensmittelrationierung abschaffen (Fischer 2006: 9).

Mit der Steigerung der Agrarproduktion stieg auch die Arbeitsproduktivität und es wurden weniger Arbeitskräfte benötigt. Die pro Kopf zur Verfügung stehenden Flächen sind in China sehr begrenzt (0,08 ha pro Kopf im Jahre 1995, weiter sinkend auf Grund der wachsenden Städte und der noch immer nicht vollständig gestoppten Ausbreitung der Wüsten im Norden und Westen). Das zwingt zu einer intensiven Agrarwirtschaft. Die Freisetzung von Arbeitskräften in den ländlichen Regionen wurde durch Arbeit in den schnell wachsenden industriellen Zentren und durch die Entwicklung ländlichen Gewerbes kompensiert. Der Umbau der ländlichen Produktion konnte daher ohne dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit und bei Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung bewältigt werden. Wichtig dabei war eine kontrollierte Abwanderung von Arbeitskräften in Industrie und Städte, wobei die Bindung der Wanderarbeiter an ihren Wohnsitz und die Versorgungssysteme in der ländlichen Gemeinde noch lange Zeit erhalten blieb.

Die Wohnsitzbindung der Bevölkerung, das Hukou-System, wurde später schrittweise gelockert, derzeit dürfen Arbeitskräfte aus ländlichen Regionen, die in Industriezentren arbeiten, in vielen chinesischen Städten dauerhaft legal Wohnsitz nehmen. Der kontrollierte Urbanisierungsprozess hat dazu geführt, dass heute die Mehrzahl der Chinesen nicht mehr auf dem Lande, sondern in teilweise riesigen Megastädten und Ballungsgebieten lebt, in denen es keine Elendsviertel und keine Slums gibt. Von den rund 800 Mio. Arbeitskräften arbeiten 2019 etwa 28 Prozent in der Landwirtschaft, 30 Prozent in der Industrie und 42 Prozent in Dienstleistungsbranchen.

Der Modernisierungsprozess der Landwirtschaft, inzwischen des ländlichen Raums insgesamt, setzte sich in den folgenden Jahrzehnten fort. Ziel ist heute eine *sozialistische Ökozivilisation*. Inzwischen gibt es in den ländlichen Regionen moderne marktorientierte Unternehmen, die neben der Lebensmittel-

produktion auch die Verarbeitung und gewerbliche Produktion umfassen. Die Orientierung auf Subsistenz und Selbstversorgung ging in vielen ländlichen Regionen entsprechend zurück.

China muss in den kommenden Jahren einige zentrale Probleme der ländlichen Entwicklung lösen, die mit der geringen Ackerfläche pro Kopf, den notwendigen intensiven Bewirtschaftungsformen und der hohen Bevölkerungszahl zusammenhängen: Wassermangel, Bodenerosion, abnehmende Bodenfruchtbarkeit, Umweltprobleme durch Überdüngung, Chemie und insbesondere den Einsatz von Pestiziden. Als Reaktion sind Programme zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und eine beginnende Umstellung auf ökologischen Landbau zu beobachten (vgl. dazu Ökologischer Landbau 2020; Sausmikat 2015; Zukunftsstiftung 2013; Deutsche Gesellschaft 2016; Fell 2019), auch durch Genossenschaften, in denen Verbraucher Genossenschaftsmitglieder sind und über Produktionsmethoden, Qualität und Ausrichtung der Produktion mitbestimmen.¹⁰ Zu den neuen Entwicklungen gehört ein umfangreiches Aufforstungsprogramm, das binnen 10 Jahren eine Fläche bewaldet hat, die doppelt so groß ist wie das Territorium Deutschlands und die in den kommenden Jahren noch einmal verdoppelt werden soll (Haller Mayer 2020; Kerkow 2020; Wille 2020) oder der Aufbau von Bodenkliniken, die Analysen des Bodens durchführen und am Einzelfall orientierte naturnahe Strategien zur Regeneration des Bodens erarbeiten (vgl. Hua 2019).

Sonderwirtschaftszonen

Der Anstoß für die Modernisierung der Industrie waren die Sonderwirtschaftszonen. Die ersten fünf wurden schon Anfang der 1980er Jahre eingerichtet (Shenzen, Xiamen, Hainan, Zhuhai und Shantou). 1984 folgten 14 weitere Hafenstädte (vgl. Gebhard, Hans 2009).¹¹ In Sonderwirtschaftszonen mit besonderen rechtlichen und steuerlichen Regelungen konnten sich ausländische Firmen aus den USA, Europa und anderen entwickelten Industrieländern niederlassen und Produktionsstätten gründen,

anfangs immer mit einem chinesischen Partner, der die Mehrheit am Kapital der gemeinsamen Firma besaß. Für die westlichen Firmen war die Kombination effizienter westlicher Technologie (Produkte und Verfahren) mit den geringen chinesischen Arbeitskosten das Hauptmotiv – man konnte die sehr viel billigeren, aber meist hochwertigen westlichen Produkte auf westlichen Märkten mit hohem Einkommen – also in den USA, Europa, Australien, Japan usw. – verkaufen und so überdurchschnittliche Gewinne machen. Für China ging es darum, westliche Technologien, Methoden der Produkt- und Technologieentwicklung und des Managements moderner Unternehmen zu erlernen, Zugang zu den Weltmärkten zu bekommen, eine nachholende Industrieentwicklung in Gang zu setzen, beschleunigt aufzuholen und an das westliche Entwicklungsniveau anzuschließen. So wurde China *Werkstatt der Welt*.

*Staats- und Privatbetriebe, Märkte und Marktpreise*¹²

In einer Zentralverwaltungswirtschaft wie der Planwirtschaft vor Chinas Reformpolitik waren die Betriebe unselbständig bei der Entscheidung über ihre Produktpalette und über Investitionen und Innovationen. Ein dynamisches Wirtschaftssystem ist aber nur möglich, wenn die Betriebe mit Innovationen und Investitionen experimentieren, neue Produkte und Verfahren entwickeln können und dabei herausfinden, welche Produkte sich gut absetzen und rentabel produzieren lassen. Dazu müssen Betriebe auf eigene Rechnung und in eigener Verantwortung wirtschaften können und neue Produkte und Verfahren im Wettbewerb mit anderen Firmen entwickeln.

Eine korrekte Wirtschaftlichkeitsrechnung ist eine *Kapitalverwertungsrechnung*,¹³ d.h. der Wert der produzierten Produkte wird laufend und detailliert verglichen mit dem Wert der verbrauchten Produktionsbedingungen (Arbeit, Rohstoffe und Produktionsmittel). Kapitalverwertung ist ein *Verfahren*, mit dem auf betrieblicher wie volkswirtschaftlicher Ebene ermittelt werden kann, welche Produktionen, Investitionen und Innovationen rentabel sind, also

mehr einbringen, als sie gekostet haben. Dies setzt Marktpreise voraus, die tendenziell den Reproduktionspreisen nach Sraffa (1976) entsprechen, also alle zur Reproduktion erforderlichen laufenden Kosten *plus* den anteiligen einmaligen Kapitalvorschuss enthalten, und die zudem das Verhältnis von Angebot und Nachfrage abbilden.

Die Preisbildung auf den Märkten für Güter und Dienstleistungen wurde seit 1980 schrittweise liberalisiert. Zunächst wurden Verhandlungspreise für Überschüsse über die noch geltende Mengenplanung erlaubt. Dann wurde die direktive Mengenplanung durch ein indikatives System der Planung von Zielen und Projekten, vor allem Infrastrukturprojekten, ersetzt (festgelegt in Fünfjahresplänen). In diesem Zusammenhang wurde die staatliche Preisbindung nach und nach aufgehoben und es bildeten sich Marktpreise, die Angebot und Nachfrage widerspiegeln. Heute sind nur noch wenige strategische Ressourcen einer Preiskontrolle unterworfen. Das gilt nicht oder nur eingeschränkt für Arbeitsmärkte, nicht für Boden, Naturressourcen und andere lebenswichtige Ressourcen. Für diese Produktionsbedingungen muss es regulierte Preise geben, weil Marktpreise zu Fehlallokationen führen würden. Zu Finanzmärkten siehe unten.

Die Umstellung der Betriebe erfolgte in mehreren Schritten und mit Vorsicht, um einen Zusammenbruch der Wirtschaftsbeziehungen zu vermeiden. Über einen gewissen Zeitraum existierten Mengenplanung und Allokation über Märkte parallel. Lau u. a. (2000) sprechen von einem „dual-track“-Ansatz (vgl. auch Heinrich 2006). Die direktive Mengenplanung wurde zunächst für die Sonderwirtschaftszonen abgeschafft, für die Staatsbetriebe erst in den 1990er Jahren nach und nach, wobei einige essentielle Ressourcen noch länger bewirtschaftet wurden und werden. Mit der Umwandlung der Betriebe in eigenverantwortlich wirtschaftende Unternehmen, der Beendigung der Mengenplanung und der weitgehenden Freigabe der Preisbildung ist eine direkte Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr möglich.

In einer zweiten Phase wurde das Eigentum der Staatsbetriebe vom Management getrennt,

Norbert Hagemann, Helmut Scholz

Die Neue-Seidenstraße-Initiative – Herausforderungen für Politik und Wirtschaft

Die Neue-Seidenstraßen-Initiative (BRI¹) erfährt aktuell auch in Deutschland und der EU zunehmend Beachtung. Treiber der wachsenden Aufmerksamkeit ist das unternehmerische Interesse Chinas auf den Weltmärkten, ein Interesse, das auch international – in staatliche Lenkung und finanzielle Förderung verpackt und mit einem selbstbewussten Hinterfragen der Grundmuster hiesiger Politik und Wirtschaftslogik – verbunden ist. In der deutschen Politik löst das den Reflex aus, „ihre Wirtschaft“ gegen einen drohenden Zugriff zu schützen. Zugleich werden die mit dem rasanten Aufschwung in China verbundenen widerspruchsvollen Entwicklungen als Verletzung internationaler Standards eines nach dem Zweiten Weltkrieg global durchgesetzten Wertesystems gesehen. Das chinesische Strategiemodell eines „Sozialismus chinesischer Eigenart“ wird zunehmend konfrontativ reflektiert. Zugleich werden die bisherigen Grundlagen für die Ausgestaltung des Beziehungsgeflechts zu China einer Relativierung unterzogen, allem voran der Bezug auf die völkerrechtlich vereinbarte „Ein China“-Politik und das „Ein Land, zwei Systeme“-Prinzip.

Es stellt sich die Frage, woher die Wahrnehmung einer Bedrohung kommt: Ist es der wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Erfolg eines Weges, den China mit großer stoischer Kontinuität beschreitet? China provoziert oder missioniert dabei nicht, es lernt aus dem Bestehenden und macht einen Schritt nach dem anderen. Dabei achtet es immer darauf, was konkret nützt, was den eigenen Erfahrungen entspricht, die Fortentwicklung der Gesellschaft stützt und was möglichst in

Ruhe und Konsens geändert werden soll. Unverändert hat der chinesische Staat hierbei eine zentrale lenkende Rolle, gießt er die von der größten politischen Partei der Welt definierten Ziele in Gesetze.

Vielleicht spiegeln die Veränderungen in der China-Politik auch die Erkenntnis wider, dass China mit der BRI einen Vorschlag unterbreitete, der das Potential hat, die globalen Diskursrichtungen von „West nach Ost“ in die Richtung „*Ost nach West*“ umzudrehen (Shichor 2018: 50). Mit der BRI hat die chinesische Führung zumindest ein Vorhaben lanciert, das bereits heute die globale wirtschaftliche Entwicklung vorantreibt und damit Möglichkeiten für gesellschaftlichen Fortschritt schafft. Dies verdeutlicht, dass neue Konstellationen in einer internationalisierten Welt geschaffen werden können, die „die unter neoliberalen Vorzeichen unter Führung der USA und des transatlantischen Finanzkapitals vorangetriebene Internationalisierung des Staates herausfordern“ (Hirsch u. a. 2001). Im Kern ist die BRI Wirtschaft, in ihrer Wirkung aber durchaus Politik, vor allem aber ist sie eine gesellschaftspolitische Herausforderung.

Für politische Akteure in Deutschland, in der EU oder in den potenziellen Partnerländern der BRI ist die Beantwortung der Frage zentral, wie auf diese Initiative zu reagieren ist. Eröffnet sie jenseits eigener Entwicklungserfordernisse und Interessen Ansätze für eine langfristige und nachhaltige, regionale oder gar globale Zusammenarbeit? Oder wird sie von der Politik nur als ‚Beweis‘ für eine expansive machtpolitische Ausdehnung Chinas wahrgenommen werden? Diese Frage zu be-

antworten, wird nur auf der Basis von Kenntnis und Verstehen von Realität funktionieren. Ihre Beantwortung hängt zudem von der Bereitschaft zu ehrlicher, nüchterner Bewertung der Fakten und Gegebenheiten auf der Grundlage einer klaren Analyse jeweiliger Interessenlagen ab. In diesem Sinne soll dieser Artikel einen Beitrag zum notwendigen Diskurs über Möglichkeiten und Herausforderungen einer wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit mit China zur produktiven, friedlichen und gegenseitig nützlichen Gestaltung geopolitischer und geowirtschaftlicher Konstellationen leisten. Politisch wird zu entscheiden sein, ob Deutschland bzw. die EU – angesichts des zunehmenden weltwirtschaftlichen Gewichts Chinas – den USA auf dem Weg von Handelskrieg und außenpolitischer Konfrontation folgen wird oder ob die BRI ein Baustein für ein anderes wirtschaftliches Beziehungsgeflecht werden kann, mit dem die EU ihre Außen- und Wirtschaftspolitik strategisch autonom neu ausrichtet. Wohin treiben also die Bundesrepublik und die EU ihre China-Politik und was heißt das für Wirtschaftsunternehmen, Arbeitsplätze und Wissenschaftskooperation? Ist die BRI ein alternatives, konstruktives und Perspektiven eröffnendes Politik- und Entwicklungsszenarium oder verstärkt sie de facto die Konfrontation vor einem „kommenden Krieg“ (Soltz 2020).

Geopolitische Ausgangskonstellationen

Als das WTO-Schiedsgericht am 15. September 2020 urteilte, die von US-Präsident Trump gegen China verhängten „Strafzölle“ würden zumindest in einem Umfang von 200 Milliarden US-Dollar gegen internationales Handelsrecht verstoßen, konterten US-Offizielle: Die WTO demonstriere nur ihre völlige Unfähigkeit, den schädlichen technologischen Praktiken Chinas zu begegnen. Diese Reaktion zeigt, wie kompromisslos die USA ihre Auseinandersetzung mit China führen und dabei bestrebt sind, an einem Nullsummenspiel festzuhalten, in dem immer nur die amerikanische Seite gewinnen darf. Während sich in amerikanischen politikwissenschaftlichen Beiträgen aktuell

normativ abwertende China-Bilder verstärken, propagieren US-Politikberater bereits seit geraumer Zeit fast uniforme Vorhaltungen gegenüber China: Seine erfolgreiche Wirtschaftspolitik würde die Interessen und Werte der USA herausfordern; durch sie werde die globale Wettbewerbslandschaft untergraben (Report to Congress 2018) und der künftige Wohlstand der USA gefährdet. Man sieht sich nicht nur mit einer wirtschaftlichen, sondern ebenso mit einer ernsthaften geopolitischen und ideologischen Provokation konfrontiert (Boustany Jr., Friedberg 2019). Unter Verweis auf solche Bedrohungsunterstellungen setzt die amerikanische Politik vor allem in den Bereichen des Handels, der Technologie, aber auch der Kapitalflüsse gegenwärtig bewusst auf Konfrontation und Eskalation (Ferguson 2020; Zheng 2019).

Die EU, Chinas größter Handelspartner, zeigt sich in ihrer Positionierung und Politik gegenüber China zurückhaltender, wenngleich auch hier Diskussionen um die zukünftige Ausgestaltung des Beziehungsgeflechtes zunehmen. Noch sind diese Diskussionen im Hinblick auf ihren Ausgang offen. Nach vielen Jahren, in denen die EU gerade nach Maßgabe Deutschlands eine Wirtschaftskooperation im Interesse des deutschen und europäischen Kapitals verfolgte, mehren sich aktuell Elemente der politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzung und Abgrenzung. In einem Strategiepapier zu den Perspektiven der EU-China-Beziehungen vom März 2019 bekannte sich die Europäische Kommission noch zu einer strategischen Partnerschaft mit China. Sie ergänzte dieses Bekenntnis aber dahingehend, dass man China, mit dem man in gewissen Politikbereichen unverändert kooperiere und abgestimmte Ziele verfolge, angesichts seines Führungsanspruchs bei Schlüsseltechnologien zugleich als einen wirtschaftlichen Konkurrenten betrachte. Dort, wo es international alternative Governance-Modelle propagiere, sei China sogar ein Systemrivale. Politisch stehen aktuell noch zwei Linien nebeneinander: die auf dem jüngsten EU-China Gipfel unverändert verfolgte Linie einer wirtschaftlichen Verflechtung und die von der Deutschen Ratspräsidentschaft vorangetrie-

Wolfram Elsner

Globalisierung, De-Globalisierung, Re-Globalisierung

Die Umstrukturierung der internationalen Wertschöpfungsketten und der globalen Strukturen „nach Corona“¹

Nach zwei bis drei Jahrzehnten einer scheinbar versteinerten Hegemonie, der *Pax Americana* (1980er bis 2000er Jahre) spüren wir Geschichte, entscheidenden Wandel in der Welt, täglich. Die USA beanspruchten, als selbsternannte „einzige Weltmacht“ die ganze Welt zu regieren. Nach dem Ende der Sowjetunion (1991) war das „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama 1992) verkündet worden, die stillschweigende Erwartung, dass der neoliberale Finanzmarktkapitalismus nach dem Washington-Konsens² für immer herrschen würde. Die Gründung der Welthandelsorganisation WTO (1995) wurde als umfassender Sieg der „Marktwirtschaft“ über die „Planwirtschaft“ zelebriert. Aber im „Jahr der Pandemie“, 2020, nahm der durchschnittliche westliche Bürger „plötzlich“ und „überraschend“ eine andere dramatisch gewandelte und sich schnell wandelnde Welt wahr. Das alles aber hatte sich in Wirklichkeit lange und zunehmend erkennbar vorbereitet.

Wir werden in diesem Beitrag zeigen, wie sich der Wandel der globalen Strukturen, der sich 2020 „plötzlich“ zeigte, vorbereitet hatte und wohin die Reise „nach Corona“ gehen wird. Aber zunächst zum „überraschenden“ Wandel aus Anlass von Corona.

Zeitenwende 1: China war nach SARS (2002/03) und Ebola (2014ff.) alarmiert gewesen. Man hatte erkannt, dass die Menschheit früher oder später der Gefahr einer Pandemie durch irgendeine Mutation aus der Gruppe der Corona-Viren ausgesetzt sein würde. Chinesische Forscher hatten in führenden internationalen medizinischen Fachzeitschriften (namentlich „The Lancet“³) mehrfach dargestellt, dass Corona-Mutationen sowie Tier-

Mensch und Mensch-Mensch-Übertragungen erwartet werden müssten. Sie erkannten das neue Virus schnell, erkannten als erste, dass es nicht ein normales Influenza-Virus „mit unbekannter Symptomatik“ war (womit die entsprechenden Fälle seit September 2019 in den USA und anderen Ländern ad acta gelegt worden waren) und identifizierten sein Genom Anfang Januar innerhalb von nur zwei Wochen. Tatsächlich war das Virus nach heutigem Kenntnisstand zuvor an anderen Stellen (USA, Frankreich, Italien) aufgetreten, aber inmitten der aufkommenden Grippeperiode nicht identifiziert worden⁴, wie später unter anderem durch Aussage des CDC-Direktors Robert Redfield in einer Kongressanhörung⁵ sowie durch nachträgliche Analysen der Totenakten in den USA, Frankreich und Italien dokumentiert wurde. Laut späteren WHO-Analysen war es bereits um die Welt, als es Ende Dezember 2019 in Wuhan auftauchte. Ein japanisches Ehepaar hatte es zum Beispiel im Januar 2020 von einer Urlaubsreise nach Hawaii zurück nach Japan mitgebracht, ohne jemals Kontakt zu Chinesen gehabt zu haben.

Zeitenwende 2: China und andere südostasiatische Länder haben das Virus mit umfassenden Test- und Quarantänemaßnahmen in kürzester Zeit gestoppt. Zwei Monate lang wurde in China die Wirtschaft fast völlig abgeschaltet, während die Gehälter weiterhin gezahlt worden. Verträge jeglicher Art (Arbeit, Wohnen, Versicherungen) durften nicht gekündigt werden, trotz coronabedingt ausbleibender Leistungen und Zahlungen. Es gab eine enorme Mobilisierung von medizinischen Kräften sowie von Millionen Freiwilligen, die

nicht nur enorme analytische, sondern auch soziale und gesundheitliche Ressourcen einsetzen. China hatte nach 2002/03 fast als einziges Land die Regeln der WHO zum Aufbau von Notfallbeständen an medizinischen Schutzgütern umgesetzt. Die Analyseergebnisse, Infektionsereignisse und Totenzahlen wurden auf der Website der WHO ab dem 31. Dezember 2019 täglich transparent dargestellt, wobei China nahezu in Echtzeit die Identifizierung, dann die Genomsequenz, dann die Übertragung vom Tier zum Menschen und schließlich von Mensch zu Mensch dokumentierte. Am 20. Januar 2020, am Tag der Erkenntnis einer Mensch-zu-Mensch-Übertragbarkeit, erging die globale Pandemiewarnung über die einschlägigen Websites an alle öffentlichen Gesundheitsbehörden weltweit.

Zeitenwende 3: Die Regierungen der „am weitesten entwickelten“ führenden Länder, USA und EU-Länder, reagierten innerhalb von acht Wochen nicht angemessen; sie waren mit China-Bashing beschäftigt. Sie waren *völlig unvorbereitet* hinsichtlich der Bestände an medizinischen Schutzgütern und -geräten, Personal und Krankenhauskapazitäten und demonstrierten die Defizite ihrer öffentlichen Gesundheitseinrichtungen nach vier Jahrzehnten neoliberaler Sparmaßnahmen. So kam es zu den zeitweiligen humanitären Katastrophen, *Triagierungen*⁶ und einer unnötig großen Anzahl von Todesopfern, die hingenommen werden mussten, pro Einwohner meist ein Vielfaches dessen, was die südostasiatischen Länder, namentlich China, hatten hinnehmen müssen. Das Beste, worauf die reichen kapitalistischen Industrieländer letztlich hoffen konnten, war, das Infektionsgeschehen soweit abzuschwächen, dass Kapazitäten im Bereich der öffentlichen Gesundheit nicht überlastet wurden und es nicht zu schrecklichen Bildern im Fernsehen kommen würde. Neben den angelsächsischen Ländern und ihren engsten politischen Vasallen (Brasilien, Indien, Australien, Kanada, Japan) sind auch einige südliche EU-Länder in eine solche Katastrophe geraten. Und die EU hat sich in der Krise als handlungsunfähig erwiesen, zunächst praktisch ohne Solidarität und ohne Einhaltung ihrer eigenen Regeln für eine gemeinsame Entscheidungs-

findung. Nur mühsam ruckelte man sich zusammen und schaffte unter größten Zerreißproben ein ausgleichendes Erholungsprogramm. Die (ehemalige) globale „Leitnation“ USA zeigt ein schockierend unsolidarisches, egoistisches und konflikteskalierendes internationales Verhalten, das in der globalen Öffentlichkeit entsprechend wahrgenommen wurde.

Zeitenwende 4: In der Zwischenzeit half China den entwickelten EU-Ländern und anderen Ländern weltweit, mit Luftbrücken für Hunderte Tonnen medizinischer Güter und Geräte, mit 30 Milliarden Masken, die binnen Wochen nach Südeuropa geliefert wurden, und entsandte medizinisches Personal mit dem neusten Wissen über Analyse- und Therapieerfahrungen, was von den Staatsvertretern oder regionalen Politikern in der Phase ihrer höchsten Not sehr gewürdigt wurde. Es dauerte Monate, bis die EU wieder zu sich kam – und man ringt immer noch um die Umsetzung der Hilfen für die Schwächsten und am stärksten Betroffenen und um die Lastenteilung für die Recovery-Programme.

Zeitenwende 5: Im Westen hatte sich die lang erwartete und lange vorbereitete *Krise des Finanz- und Spekulationssektors* im Februar und März 2020 für kurze Zeit massiv verschärft. Billionen Dollar an fiktiven Werten verdampften vorübergehend, bis die Zentralbanken ihre Geldschwemme-Programme ankündigten und die Casinoparty fortgesetzt werden konnte. Natürlich wurde dabei keine der strukturellen Spekulationsblasen aufgelöst oder auch nur abgemildert. Aus Anlass der Spekulationskrise verstärkte sich die ebenfalls schon lange schwelende *realwirtschaftliche Rezession* in einen Abschwung. Diese Krise wurde dann durch Pandemie und Quarantänen massiv verstärkt, während der Finanzsektor wieder boomte. Das Casino lebt von sich selbst und von den Geldfluten der Zentralbanken, unabhängig von der Realwirtschaft, die seit 2008 bei BIP-Wachstumsraten um 1 Prozent weitgehend stagniert. Privater überschüssiger und funktionsloser Reichtum in Form nominalen und fiktiven Geldkapitals – in der Größenordnung von mehreren Hundert Billionen Dollar – ist auf der verzweifelten Suche nach

Sebastian Reil

Die Belt and Road-Initiative und Chinas Direktinvestitionen

Kaum ein wirtschaftspolitisches Thema wurde in den letzten Jahren so oft und vielseitig rezipiert wie Chinas Belt and Road-Initiative (BRI), obwohl große Unklarheit darüber herrscht, was genau die BRI ist, welche Länder davon betroffen sind und welche Auswirkungen sie mit sich bringt. Dieser Artikel geht der Frage nach, ob die Partizipation eines Landes an der BRI zu einem Anstieg der *ausländischen Direktinvestitionen* (ADI) aus China führt. ADI waren immer ein wichtiger Teil einer wirtschaftlichen Globalisierungswelle. Wirtschaftliche Globalisierung kann allgemein sowohl am Niveau des internationalen Handels als auch an den internationalen Investitionsflüssen gemessen werden. ADI-Flüsse sind dabei der Indikator, der auf eine stärkere Integration und Interdependenz der Wirtschaftsräume schließen lässt. Im Gegensatz zu Handelsflüssen sorgen ADI auch für den internationalen Transfer von Technologien, Management-Knowhow sowie marktspezifischem Wissen.

Eine Vielzahl von Ländern unterzeichnete *Absichtserklärungen* (Memorandum of Understanding, MoU) mit der chinesischen Regierung zur BRI oftmals mit der expliziten Hoffnung, dadurch chinesische Investitionen ins Land zu holen. Der Artikel untersucht zunächst empirisch, ob ein Zusammenhang zwischen einer Absichtserklärung von Seiten der Regierung zur Teilnahme an der BRI und dem Zufluss chinesischer Investitionen besteht. Dazu werden bestehende empirische Studien und neue statistische Daten diskutiert. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf Greenfield-Investments, sprich realwirtschaftlich relevanten Investitionen, die direkt zu Kapitalakku-

mulation und der Schaffung von Arbeitsplätzen führen. Hierfür wird auf diverse Datenquellen wie der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) und des China Global Investment Trackers des American Enterprise Institutes zurückgegriffen. Es folgt eine Analyse und Einordnung, über welche Kanäle und Steuerungsmechanismen die chinesische Regierung den Fluss von ADI in Partnerländer steuern und faszilitieren kann und wie bedeutend diese im Vergleich zu anderen Investitionstreibern und Marktkräften sind. Der Beitrag endet mit einer Gegenüberstellung von Gemeinsamkeiten mit und Unterschieden zu vorherigen Globalisierungswellen und einem Ausblick in die Zukunft.

Die Belt and Road-Initiative im Überblick

Der Beginn der BRI wird üblicherweise auf den 7. September 2013 datiert, als Xi Jinping, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, im Rahmen eines Staatsbesuches in Kasachstan eine Rede an der Nazarbayev-Universität in Astana (mittlerweile umbenannt in Nur-Sultan) hielt. Darin sprach er über eine engere Wirtschaftskooperation zwischen China und den Ländern Zentralasiens und von einem „Wirtschaftsgürtel“ entlang der Seidenstraße. Viele dieser Ideen einer stärkeren Zusammenarbeit Chinas mit den Regierungen Zentralasiens gehen schon auf ältere Pläne und Projekte der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) zurück. Seit 2013 ent-

wickelte sich das Konzept jedoch weiter und wurde neben dem „Landgürtel“ noch um eine „Seestraße“ erweitert (vgl. Frankopan 2018; Macaes 2018).

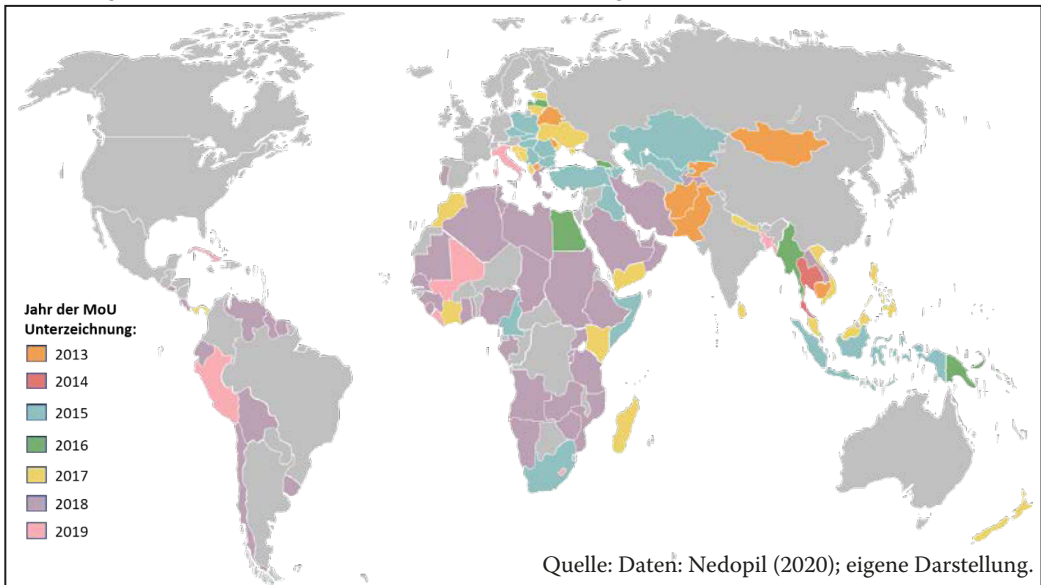
Der genaue geographische Umfang und die Bedeutung dieses Gürtels und dieser Straße bleiben jedoch im Ungewissen. Zur weiteren Unklarheit des Begriffes trugen auch die mehrmaligen englischen Namensänderungen von Seite der chinesischen Regierung bei: von „New Silkroad“ über „One Belt, One Road“ zu „Belt and Road Initiative“ (im chinesischen blieb jedoch 一带一路 bestehen).

Zudem wurde auf einmal eine Reihe alter sowie neuer Projekte mit dem Label BRI versehen. Einige davon befanden sich gar nicht mehr geographisch in direkter Relation zur historischen Seidenstraße, sondern zum Beispiel in Ostafrika. Man kann darin eine gewisse Verselbstständigung des Konzeptes BRI sehen. Das lässt sich auch daran erkennen, dass nahezu jede Stadt in China von sich behauptet, der Ausgangspunkt der alten Seidenstraße und der neuen BRI zu sein. Keine Investorenpräsentation, um eine chinesische Stadt ausländischen Investoren anzupreisen, ist komplett ohne den Hinweis, dass genau diese Stadt der Ausgangspunkt der BRI sei. Hier findet auch eine histo-

risch nicht fundierte Verklärung der geschichtlichen Bedeutung der Seidenstraße statt. Hansen (2012) zeigt anhand archäologischer Funde, dass die wirtschaftliche Bedeutung des Handels auf der sogenannten Seidenstraße viel geringer war als heute oftmals angenommen. Selbst der Begriff und der Name einer Seidenstraße wurde erst im 19. Jahrhundert geprägt. Der deutsche Geograph Ferdinand von Richthofen wurde beauftragt, eine Route für eine mögliche Eisenbahnverbindung Berlin – Peking zu erkunden, um so den chinesischen Markt für das deutsche Kaiserreich zu erschließen. Die dafür am besten geeignete Route nannte er „Seidenstraße“, und damit kam der Begriff 1877 das erste Mal in die Welt (vgl. ebd.).

Für die empirische Analyse der ADI-Aktivität muss die Frage, welche Länder Teil der BRI sind, näher betrachtet werden. Auch hier gibt es, überraschend für ein augenscheinlich so wichtiges Vorhaben, keine offizielle Liste oder anderweitige Klarheit. Allgemein gibt es mehrere Kriterien, die benutzt werden können, um festzustellen, ob ein Land Teil der BRI ist: Hat das Land eine entsprechende Absichtserklärung mit China unterzeichnet? Haben hohe staatliche Vertreter an einem der BRI-Foren in Peking teilgenommen? Lässt sich über

Abbildung 1: Länder der BRI nach MoU-Unterzeichnung



die geographische Lage ein Bezug entweder zu dem Landgürtel oder der Seestraße herstellen? Teils wird auch eine Mitgliedschaft in der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) als Kriterium benutzt – aber dann besteht die Gefahr, dass das ganze schnell in einen Bereich abgeleitet, wo BRI alles und nichts ist. Für die nachfolgende Analyse werden wir das Unterzeichnen einer Absichtserklärung als relevantes Kriterium benutzen. Dies zeigt eine aktive Handlung einer Regierung, um sich an der BRI zu beteiligen, und ist daher gut geeignet, um der Frage nachzugehen, ob eine Partizipation eines Landes an der BRI zu einem Anstieg der ADI aus China führt.

Abbildung 1 zeigt eine Karte aller Länder, die eine entsprechende Absichtserklärung mit China unterzeichnet haben, und das entsprechende Jahr der Unterzeichnung. Italien war 2019 das erste und bis jetzt einzige G7-Land, das eine BRI- Absichtserklärung mit China unterzeichnete. Mehrere Länder Osteuropas unterzeichneten schon vorher entsprechende Absichtserklärungen. Auf der Karte ist zudem gut zu erkennen, wie der geographische Fokus der BRI sich mit der Zeit erweiterte und von den Ländern der Seidenstraße löste.

Innerhalb der EU zogen die 15 Absichtserklärungen einzelner Länder mit China die

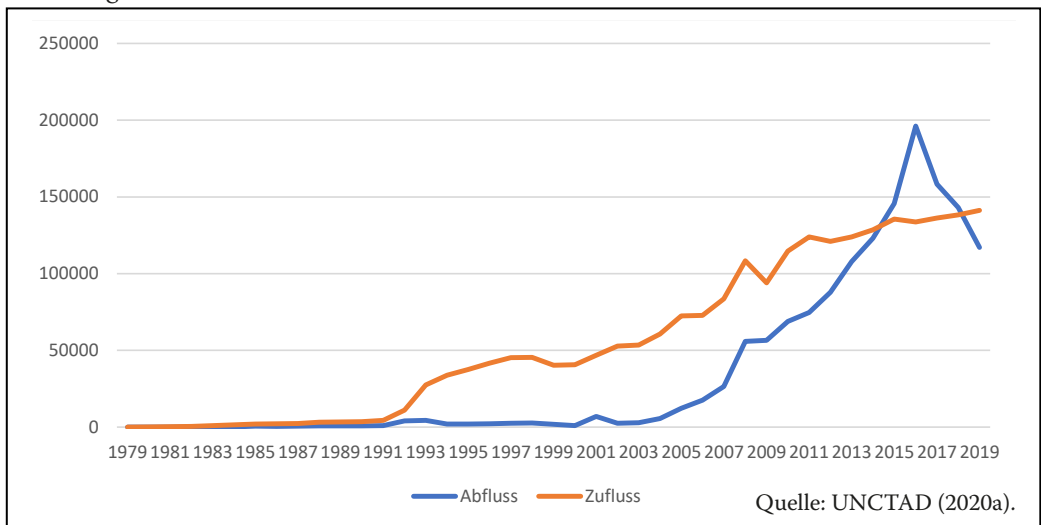
Kritik des Europäischen Rechnungshofs auf sich, da keine von ihnen vorher mit der EU-Kommission abgesprochen war, was einen Verstoß gegen EU-Regeln darstellt (Stolton 2020).

Was sagen die Daten?

China öffnete sich erstmals für ausländische Direktinvestitionen im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik (改革开放) ab 1979 unter Deng Xiaoping. Dennoch waren die Gesamtvolumen der Zu- und Abflüsse von Investitionen im Verlaufe der 1980er Jahre verhältnismäßig gering. Erst mit Beginn der 1990er Jahre wird China ein bedeutendes Ziel für ADI. Mit der wachsenden Wirtschaftsleistung wurde China für ausländische Unternehmen als Absatzmarkt immer wichtiger und zog vermehrt ADI an. Neben diesem Boom an ‚absatzmarktsuchenden‘ ADI – oftmals aus westlichen Ländern – entwickelte sich China auch zur sogenannten Werkbank der Welt. ADI asiatischer Nachbarländer wie Taiwan, Hongkong und Südkorea spielten hier eine bedeutende Rolle, da sie ihre Produktion nach China verlagerten oder in China ausbauten.

In den 2000er Jahren wurde China erstmals

Abbildung 2: Chinas ADI 1979-2019 in Millionen US



Karin Kulow

Chinas Seidenstraßen-Projekt und die muslimischen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens

Während westliche Staatenvertreter dem vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping im Herbst 2013 verkündeten Projekt „One Belt, One Road“⁴¹ mit vielerlei Vorbehalten bis hin zu strikter Ablehnung begegnen, haben sich jene des muslimischen Nahen und Mittleren Ostens von Anfang an äußerst aufgeschlossen gezeigt. Und zwar unabhängig von den jeweiligen sozioökonomischen wie politischen Machtverhältnissen sowie der Einbindung in das westliche Lager.

Allein schon das Projekt-Logo „Neuzeitliche Seidenstraße“ hat seine Wirkung nicht verfehlt, mit ihm wurden Erinnerungen an einstige gemeinsame Zeiten wachgerufen; als die Vorläufer heutiger Staaten via antiker Seidenstraße mit China in direkter Linie verbunden waren: qua jenes legendären Seidenstraßen-Karawanen-Netzwerkes, das über rund zwei Millenien – von der Antike bis ins Mittelalter – hinein bestanden hat. Zumal noch heute existierende Städte, ob nun Istanbul (Konstantinopel) in der Türkei, Aleppo und Damaskus in Syrien, Bagdad, Kerbala und Najaf in Irak, Täbriz, Hamadan, Teheran und Maschhad in Iran, in Libanon Tyros oder in Ägypten Alexandria und Kairo, unmittelbar darin eingebunden waren. Die antike Seidenstraße war nicht nur Handelsweg, sondern diente gleichsam dem engen interkulturellen Austausch zu gegenseitigem Nutzen. Wie quer über den asiatischen Kontinent, so hatte ebenfalls eine direkte Verbindung zu Wasser vom chinesischen Hafen Kanton bis hin zum Roten Meer bestanden.

Mehr noch als dieses gemeinsame historisch-zivilisatorische Erbe schlagen bei der

positiven Einstellung der Staaten dieser Region gegenüber BRI insbesondere Aspekte zu Buche, die mit der Bewertung der Rolle Chinas in jüngerer Geschichte wie Gegenwart zusammenhängen. China wird als Teil der eigenen Entwicklungsländergeschichte betrachtet: Nicht eine Kolonialmacht, wie verschiedene westliche Länder, gewesen zu sein, sondern selbst unter kolonialer Unterdrückung gelitten und seine nationale Unabhängigkeit gleichfalls erst hart erkämpft zu haben. Auch Chinas Streben nach einer maßgeblichen globalen Rolle wird grundsätzlich von westlichen, auch vor militärischer Gewalt nicht zurückschreckenden Vorherrschaftsattitüden unterschieden. China wird dafür bewundert, dass es in kaum mehr als drei Jahrzehnten von einem äußerst rückständigen Entwicklungsland zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht in der Welt nach den USA und sogar zum entscheidenden Motor der Weltwirtschaft aufgestiegen ist. Und zwar auf der Grundlage seines originären, zentral gesteuerten und sich als Alternative zum Westen verstehenden Regierungs- und Wirtschaftsmodells. Und dass es mit seinem BRI-Projekt eine Partnerschaft auf „Augenhöhe“ anstrebt und den gegenseitigen Vorteil als dessen Grundprinzip definiert, sowie sich expressis verbis dafür ausspricht, weder sein eigenes Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell exportieren noch in anderer Weise seinen Willen aufzwingen zu wollen.

Dies ist ein Chinabild, das wiederum für Chinas eigene Entwicklung wie dessen Seidenstraßen-Initiative von größtem Nutzen ist: *Zum einen* in geostrategischer Hinsicht, da es sich bei den nah- und mittelöstlichen Staaten

um entscheidende Kettenglieder für die Funktionalität beider im Rahmen von BRI konzipierter Routen – sowohl der zu Lande als auch der zu Wasser – handelt. So ist Iran neben seinem Zugang zum Persischen Golf mit seiner Landmasse vor allem relevant für die Eisenbahnverbindung von China via Türkei nach Europa. Ägypten, das als Eingangsportal zum afrikanischen Kontinent wie zur arabischen Welt fungiert, ist durch den Suez-Kanal unerlässlich für die Komplettierung der maritimen Seidenstraße. Saudi-Arabien als zentraler Knotenpunkt zwischen den drei Kontinenten Asien, Afrika und Europa und als Anrainerstaat des Roten Meeres wie des Persischen Golfes wiederum ist sowohl für die Seeverbindung essentiell als auch – wie ebenso die anderen Golfstaaten – wegen der direkten Luft- und Seeverbindungen zu den nah- und mittelöstlichen, afrikanischen wie europäischen Märkten. *Zum anderen* wegen des immensen Ressourcenreichtums, insbesondere an Kohlenwasserstoffen. Immerhin lagert in fünf der dortigen Staaten rund die Hälfte der derzeit weltweit erkundeten Erdölvorräte; wobei Saudi-Arabien mit 16 Prozent an der Spitze rangiert. Qatar wiederum verfügt über 13 Prozent der weltweiten Gasvorkommen. Die von China im Rahmen von BRI mit Staaten dieses Raumes geschlossenen umfassenden strategischen Partnerschaften garantieren ihm eine reibungslose Deckung seines noch auf absehbare Zeit für die eigene Entwicklung notwendigen Energiebedarfs, und dies zu ausgehandelten günstigen Lieferkonditionen.

Forsche Inangriffnahme vielfältigster Projekte

Auf der Basis der zwischen China und den betreffenden Staaten vereinbarten umfassenden strategischen Partnerschaften wurden auffällig rasch nach offizieller Bekanntgabe des BRI-Projekts durch den chinesischen Staatspräsidenten unterschiedlichste Vorhaben, darunter nicht wenige Mega-Projekte, auf den Weg gebracht. Manche von ihnen sind inzwischen bereits fertig.

Einige solcher Vorhaben sollen im Folgen-

den, jeweils nach Land sortiert, ausführlicher dargestellt werden. Besondere Aufmerksamkeit gilt jenen vier Staaten – Ägypten, Iran, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate (VAE) –, denen aus chinesischer Sicht eine besondere Bedeutung beigemessen zu werden scheint. Zumindest, wenn in Rechnung gestellt wird, dass Xi Jinping dort offizielle Staatsbesuche absolviert hat.

Ägypten

Die Mitwirkung Ägyptens am Seidenstraßen-Projekt hatte dessen Präsident Al-Sisi auf dem ägyptisch-chinesischen Geschäftsforum zur neuen Seidenstraße Ende Dezember 2014 bekundet. Erneut bekräftigt wurde sie während des Xi-Besuches im Januar 2016. Als Kriterien für derartige Vorhaben wurden von ihm definiert: das investierende Land müsse in der Lage sein, die finanziellen Lasten zu übernehmen und die jeweils vereinbarten Vorhaben effizient und schnell fertigzustellen.²

Seither ist eine Vielzahl von Vorhaben, darunter auch solche größeren Umfangs, unter dem Logo der neuen Seidenstraße in Angriff genommen worden. Zu den bereits fertiggestellten Objekten gehört das Solarenergie-Laboratorium in Sohag, dessen Errichtung vereinbarungsgemäß die China Electronics Technology Group 2015 übernommen hatte und das Anfang September 2019 feierlich eingeweiht wurde. Beteiligt waren von chinesischer Seite die Universität von Tianjin und ägyptischerseits die Akademie für Wissenschaftsforschung und Technologie. Dieses Laboratorium ist die erste ägyptische Forschungseinrichtung, die auf die Nutzung der Solarenergie spezialisiert ist und zu einem regionalen Zentrum für Innovation und saubere Energieentwicklung ausgebaut werden soll.

Zu den im Rahmen von BRI mit China vereinbarten Vorhaben gehören insbesondere die mit der Errichtung der neuen Verwaltungsmetropole Ägyptens verbundenen Objekte. Dabei handelt es sich zum einen um den Bau der 70 Kilometer langen elektrischen Schnellbahnverbindung zwischen alter und neuer Hauptstadt, der zwischen dem ägyptischen

Joachim Wahl

China in Lateinamerika

Ende des 20. Jahrhunderts hat sich China weltweit als zweite Wirtschaftsmacht nach den USA etabliert. Seine wachsende Nachfrage nach Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Energie hat zur Entwicklung wirtschaftlicher und kommerzieller Beziehungen auch mit Lateinamerika geführt. Basis dafür waren die seit Jahren existierenden diplomatischen Beziehungen mit der Mehrheit der lateinamerikanischen Länder¹, die zum Teil während der Zeit der Militärdiktaturen² in Lateinamerika hergestellt wurden.

Dabei spielen Chinas zumeist staatseigene Unternehmen eine große Rolle; Sinopec, China National Petroleum und State Grid, die zu den zehn bedeutendsten transnationalen Unternehmen zählen, sind in Lateinamerika aktiv.

Gegenstand dieser Untersuchung ist die Rolle Chinas in Lateinamerika, sind die Möglichkeiten und Probleme, die sich für die Entwicklung der Länder des lateinamerikanischen Kontinents ergeben, sowie die damit verbundenen Herausforderungen und Widersprüche. Dabei wird Brasilien ein besonderes Augenmerk geschenkt.

Von der Süd-Süd-Kooperation zum Projekt der Neuen Seidenstraße

Erste Schritte Chinas in Richtung Lateinamerika wurden 1991 während des Besuches des damaligen chinesischen Präsidenten Yang Shangkun gegangen. Shangkun vertrat in den Gesprächen mit lateinamerikanischen Politikern die These von der „Errichtung einer

neuen internationalen politischen und wirtschaftlichen Ordnung.“ Im April 2001 besuchte Präsident Jiang Zemin Argentinien, Uruguay, Brasilien und Kuba; 2004 Präsident Hu Jintao Brasilien, Argentinien und Chile. Diese Reise wurde mit 39 bilateralen Abkommen in einem Umfang von 100 Mrd. US-Dollar Krediten mit einer Laufzeit von zehn Jahren abgeschlossen. Mit jedem dieser Länder wurden Memoranden unterzeichnet, in denen sie China als „Marktoökonomie“ anerkannten.³ Es wurde vereinbart, dass gegen chinesische Waren nur begrenzt Antidumpingmaßnahmen eingesetzt werden dürfen. China schloss Freihandelsverträge mit Chile (2005), Peru (2008), Costa Rica (2011) und Kolumbien (2012) ab.

Es folgte eine wesentliche Erhöhung der Rohstoffexporte aus diesen Ländern nach China – die Vorteile dieser Vereinbarungen lagen eindeutig auf der chinesischen Seite. China war bestrebt, langfristige Erdöllieferverträge abzuschließen. Parallel zur Erhöhung des Handelsaustausches begannen chinesische Unternehmen, vermehrt Kapitalinvestitionen zu realisieren.⁴ China fing an, erhebliche Summen in den Rohstoff- und Erdölsektor zu investieren und sich an der Entwicklung entsprechender extraktiver Industrien zu beteiligen. Die zur Verfügung gestellten Anleihen wurden zu günstigen Bedingungen vergeben, waren nicht an politische Bedingungen gebunden und konnten durch Warenlieferungen oder Dienstleistungen getilgt werden. Die lateinamerikanischen Länder forderten eine stärkere Beachtung ihrer Interessen hinsichtlich eines ausgeglichenen Warenaustausches.

Die Politik der Süd-Süd-Kooperation

Eine wesentliche Zunahme des Außenhandels und direkter Kapitalinvestitionen Chinas erfolgte in den Jahren 2000-2013. China wurde zu einem bevorzugten Zielland lateinamerikanischer Exporte. Im Jahre 2012 gingen 69 Prozent der Rohstoffexporte und 24 Prozent der Exporte industrieller Erzeugnisse Lateinamerikas nach China. Im Jahr 2013 erreichte der gegenseitige Warenaustausch einen Wert von 278.000 Millionen US\$.⁵ Im Bericht der CEPAL⁶ heißt es, dass es zwischen dem Fünfjahrplan Chinas und dem CEPAL-Dokument „Horizonte 2013 – Die Gleichheit im Zentrum einer nachhaltigen Entwicklung“ (Mexiko-Stadt 2016) bedeutende Parallelen gibt.⁷

Fast Dreiviertel der Investitionen wurden durch große chinesische staatliche Firmen (Sinopec in Brasilien und CNOOC in Argentinien) im Erdölsektor realisiert. Weitere chinesische Unternehmen verstärkten in anderen Sektoren (Bergbau, Landwirtschaft, Infrastruktur etc.) ihre Tätigkeit.⁸ Kredite und Darlehen werden von der Entwicklungsbank sowie der Ex- und Importbank Chinas vergeben. Von 2005 bis 2014 hatte China Kredite an lateinamerikanische Länder in Höhe von 119 Mrd. US\$ vergeben.⁹

Vertraglich vereinbarte China strategische Partnerschaften mit Brasilien (1993), Venezuela (2001), Mexiko (2003) und Argentinien (2004). Es wurden bilaterale Kommissionen gebildet, deren Aufgabe in der Koordinierung des Dialogs zwischen den Regierungen und in der Erarbeitung langfristiger Aktionspläne bestand. Im Rahmen dieser strategischen Partnerschaften konzentrierten sich 90 Prozent der Kredite auf Brasilien, Argentinien, Venezuela und Ecuador. China hat sich in der anhaltenden Wirtschaftskrise und der Schwäche der Weltwirtschaft im Vergleich zu den Banken Westeuropas und der USA zum Geldgeber Nummer Eins entwickelt, auch weil es Kredite zu gemäßigten Bedingungen und niedrigeren Zinsen vergibt.

Chinesische Investitionen wurden zwischen 2010 und 2014 zu 90 Prozent im Rohstoffsektor realisiert. Selbst der Verfall der Rohstoffpreise bremste diese Tendenz nicht ab. Einige

Beispiele zeigen das: Das chinesische Unternehmen CNPC kaufte Aktiva der brasilianischen Petrobras in Peru für 2,6 Millionen US\$. In Brasilien beteiligten sich 2013 CNOOC, Sinopec und CNPC zusammen mit Total (Frankreich) und Shell (Niederlande) als Konsortium an den Auktionen für die Exploration von Teilen des vor der Küste Brasiliens entdeckten Erdölfelder Pre-Salt.¹⁰ Auch in anderen lateinamerikanischen Ländern stellt der Energiesektor einen Schwerpunkt chinesischer Investitionstätigkeit dar.¹¹

Vermehrt werden Investitionen in Projekte der Solarenergie wie das einer Sonnenenergiestation in der Wüste Atacama (Chile) mit einem Volumen von 900 Mio. US\$ vorgenommen.¹² China verstärkt den Handel mit Solarpanelen und die Investitionen in Wasserkraftwerke; außerdem leistete es einen wesentlichen Beitrag bei der Einführung von Elektro-Bussen in Großstädten in Chile, Kolumbien, Brasilien und Argentinien.¹³

China veröffentlichte 2008 ein „Weißbuch der Politik Chinas gegenüber Lateinamerika“. Danach entwickeln sich die Beziehungen Chinas zu Lateinamerika auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit.¹⁴ Mit dem Dokument drückte China erstmals seine Absicht aus, „seine Beziehungen zur Region unter strategischen Gesichtspunkten und der Bedeutung für den Aufbau einer harmonischen Welt“ zu gestalten.¹⁵

Charakteristisch für die Investitionen chinesischer Unternehmen ist, dass sie nicht kurzfristige Gewinne suchen, sondern auf langfristig angelegte Projekte zielen. Übernommen werden zumeist bereits existierende Unternehmen, die über registrierte Lizenzen und Erfahrungen verfügen. Verträge werden offiziell nicht an juristische und politische Bedingungen (z. B. Anerkennung der „Ein China“-Doktrin) geknüpft. Allerdings wird festgestellt, dass sich China als Land ohne wirtschaftliche oder politische Absichten zum gegenteiligen Vorteil darstellt, es sich letztlich aber um asymmetrische Beziehungen handelt.

Der Außenminister Brasiliens, Mauro Vieira, erklärte auf dem I. „Forum Lateinamerika/Karibik [CELAC] – China“, dass „unsere

Carsten Schäfer

Die „Schatzkammer“ öffnen: Die Rolle der Auslandschinesen in der Seidenstraßen-Initiative

Dem Machtantritt Xi Jinpings folgte eine umfassende Neuausrichtung der chinesischen Außenpolitik. Im Zentrum dieser Neuausrichtung steht die Seidenstraßen-Initiative (OBOR); sie ist einerseits mit dem Anfang des Jahrhunderts aufgenommenen Schlagwort „Hinausgehen“ (zou chuqu) eng verbunden, revidiert zugleich jedoch Deng Xiaopings alte Losung „den Kopf unten halten“ und steht für die Rückkehr einer „weltumspannenden“ chinesischen Außenpolitik, von der das Land nach Maos Tod jahrzehntelang abgesehen hatte. Während Mao freilich noch von einer Weltrevolution mit China als Zentrum träumte, kreist Xis Projekt um integrative, auch pathetisch anmutende Begriffe wie „Schicksalsgemeinschaft der Menschheit“ oder „Völkerverständigung“. Trotzdem: Nicht überall stößt es auf Gegenliebe: Entlang des gesamten Korridors – von Laos und Sri Lanka über Kasachstan bis nach Pakistan und in die Mongolei – hat OBOR immer wieder Unmut provoziert. Auch als Reaktion darauf hat sich Peking in den vergangenen Jahren zunehmend den Auslandschinesen¹ in den Ländern entlang der Seidenstraße zugewandt; als vermeintliche „Wahrer chinesischer Interessen im Ausland“ versucht Peking, sie systematisch in das Seidenstraßenprojekt einzubeziehen. Seither beschäftigen sich diverse chinesische Regierungsbehörden, Forschungseinrichtungen und Thinktanks mit der Frage, wie die Integration der „Diaspora“ forciert werden könne. Trotz der Relevanz, die Peking dem Thema beimisst, wird es in hiesigen Debatten bislang ignoriert.

Pekings Diasporapolitik liefert jedoch einen wichtigen Baustein zum Verständnis der Zie-

le und Methoden Chinas im Kontext des Mammutprojekts: Wie genau sieht die Regierung die Rolle der Auslandschinesen in der Neuen Seidenstraße? Wie einflussreich sind sie tatsächlich? Welche Schwierigkeiten und Chancen können sich daraus für China und andere Länder ergeben? Werden Auslandschinesen als bloße Manövriermasse (miss-)verstanden oder gelingt es Peking, (kritische) auslandschinesische Stimmen – die häufig eher Perspektiven der Partnerländer widerspiegeln dürften – integrativ aufzunehmen und damit deren Potential als Brücke zwischen China und dem Ausland im Sinne einer „Schicksalsgemeinschaft“ auszuschöpfen? Vor allem: Welche Rückschlüsse lassen sich daraus für OBOR als Ganzes ableiten? Die Fragen sollen auf Basis einer Auswertung von politischen Reden und Konferenzen, von Positionspapieren und aktueller Forschung sowie von Statistiken aus China diskutiert werden.

Auslandschinesen und Chinas Diasporapolitik

Das Büro für auslandschinesische Angelegenheiten (OCAO) im Staatsrat der VR China beziffert die Zahl der weltweit außerhalb Chinas lebenden chinastämmigen Menschen auf 60 Millionen Personen in 198 Ländern (Zhang 2017: 214). Ihr Kapital schätzt Peking auf 5 Billionen US-Dollar, was, aus chinesischer Sicht, die „Diaspora“ zur „drittgrößten Wirtschaftsmacht der Welt“ (Center for China and Globalization 2017: 1) machen würde. Vier Millionen Auslandschinesen sollen als „Spit-

zenkräfte“ in Sektoren wie Wissenschaft, Finanzwesen oder der Hochtechnologie tätig sein; etwa 1,5 Millionen weitere Chinesen studieren zurzeit im Ausland. Im offiziellen China gilt die „Diaspora“ daher, wenig wunderlich, als „Glücksfall“ (Deng Xiaoping), „Schatzkammer“ (Jiang Zemin) und „wichtige Kraft“ (Hu Jintao) für China. Auch Xi Jinping spricht immer wieder von der „unersetzbaren Rolle der Auslandschinesen für China“: „Mit einem starken Gefühl von Patriotismus, großer Wirtschaftsstärke, reichen intellektuellen Ressourcen und umfangreichen Geschäftsverbindungen tragen alle Überseechinesen als wichtige Kraft zur Verwirklichung des Chinesischen Traums bei“ (Xi 2014: 64). Von dieser Tonlage ist auch der offizielle Umgang Chinas mit den Auslandschinesen geprägt, die Peking unabhängig von Staatszugehörigkeiten *grundsätzlich* als Chinesen begreift. Der Begriff „Auslandschinese“ (huaqiaohuaren) umfasst im Chinesischen daher sowohl chinesische Staatsbürger als auch ethnische Chinesen mit ausländischer Staatsbürgerschaft (Qiu 2012). Chinesen innerhalb und außerhalb Chinas seien dabei, einer rassischen Definition folgend, durch „Blutsverwandtschaft“ (Qiu 2011: 79) sowie kulturelle Gemeinsamkeiten (Guangxi Ribao 2008) untrennbar miteinander verbunden. Entsprechend wird ihnen eine „Unassimilierbarkeit“ im Ausland unterstellt. Zugleich ist es in chinesischen Publikationen nicht unüblich, bei Ausführungen über Auslandschinesen explizit zwischen „Huaren“ (china-stämmigen Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft) einerseits und Ausländern („waiguoren“) andererseits zu unterscheiden (z. B. Zheng 2017: 218). Xi Jinping selbst sprach im Juni 2014 in Peking vor dort versammelten Auslandschinesen aus aller Welt von „gemeinsamen Wurzeln“, einer „gemeinsamer Seele“ und „ewiger Verbundenheit“ (Xi 2014: 63) – obwohl sich unter den mit „Landsleute“ angesprochenen Menschen auch china-stämmige Ausländer befanden, also *de jure* Nichtchinesen. Für Xi Jinping gehören sie „als Mitglieder zur großen chinesischen Familie“, die „niemals das Blut der chinesischen Nation in ihrem Körper verleugnen würden“ (ebd.: 64).

Von dieser Grundhaltung ausgehend schuf

China seit den 1980er Jahren einen institutionellen Apparat, der darauf zielt, Auslandschinesen an den chinesischen Staat anzubinden. Zu dessen wichtigsten Behörden gehören das OCAO, der *Allchinesische Verband heimgekehrter Auslandschinesen* (AFROC) sowie chinesische Konsulate weltweit. Deren gemeinsame Zielsetzung ist es, die direkte Einflussnahme Chinas in auslandschinesischen Communities sicherzustellen, politische Leitlinien und Ideologien zu verbreiten und „ein nationales Identitäts- und Missionsgefühl zu entfachen“ (Zheng 2017: 218). Um diese Ziele zu erreichen, gründen Chinas Behörden weltweit auslandschinesische Organisationen, senden Staatsdelegationen zu Auslandschinesen oder laden sie nach China ein und organisieren regelmäßig politische Veranstaltungen (Schäfer 2017). Die Integration der Auslandschinesen als „Beschützer chinesischer Kerninteressen“ (Huang 2015: 192) umfasst dabei vier Felder:

1. In den 1980er Jahren sollten Auslandschinesen v. a. helfen, die ökonomischen Reformen in China voranzubringen. In der Tat haben sie zwischen 1979 und 1997 geschätzte 50 Milliarden US-Dollar in China investiert, dies wären 80% der gesamten in diesem Zeitraum getätigten Auslandsinvestitionen. Auch gilt China nach Indien als weltweit größter Empfänger migrantischer Rücküberweisungen (Schäfer 2020).
2. Seit den 1990er Jahren ist der Zugriff auf Knowhow und Technologie zu einem Schlüsselmotiv der Diasporapolitik geworden – mit Blick etwa auf die wachsende Zahl von Studienheimkehrern auch dies mit in den letzten Jahren zunehmenden Erfolg.
3. Im vergangenen Jahrzehnt kam als dritter Aspekt der politische Lobbyismus im Ausland hinzu, insbesondere bei Themen wie Tibet, Taiwan oder Xinjiang (Qiu 2011: 31). Dieser steht im Kontext chinesischer Soft-Power-Ambitionen, die seit den späten 1990er Jahren von Peking vorangetrieben werden und bei denen Auslandschinesen eine Schlüsselrolle zugeordnet ist (Huang 2015). Im Jahre 2011 wurde „Public Diplomacy“ erstmals als Kernaufgabe der Diasporapolitik festgelegt (Ren 2017: 263).

Heinz Gödde

China in Sri Lanka

Fährt man vom internationalen Flughafen Katunayake über die Autobahn nach Colombo, so sieht man schon vor der Stadtgrenze den 2019 fertiggestellten Lotus Tower, erbaut von einem chinesischen Unternehmen, mit chinesischen Arbeitern und einem chinesischen Kredit, ein Zeichen des chinesischen Einflusses in Sri Lanka. Bereits auf der Autobahn ist dieser Einfluss im wahrsten Sinne des Wortes erfahrbar, denn auch sie wurde mit chinesischen Krediten und von chinesischen Arbeitern gebaut. Lotus Tower wie Autobahn sind Beispiele chinesischer Investitionen auf der im Indischen Ozean gelegenen Insel. Auch das Stadtbild der Hauptstadt Colombo verändert sich laufend durch eine Vielzahl neuer Bauten, viele von China finanziert und von chinesischen Firmen gebaut. Auf zahlreichen Baustellen kommen die Arbeiter aus China. Im Stadtzentrum entstand ein neuer Containerhafen, südlich davon entsteht auf gewonnenem Neuland die Colombo International Financial City – zwei Beispiele für Projekte zu einer notwendigen wirtschaftlichen Modernisierung Sri Lankas sowie Mittel chinesischer Wirtschaftsdiplomatie und Außenpolitik im Rahmen der Belt and Road-Initiative (BRI).

Die Belt and Road-Initiative der VR China ist ein geschicktes an den Begriff der historischen Seidenstraße angelehntes Konzept zum Aufbau einer „Neuen Seidenstraße“ zwischen China und dem Westen, zum einem auf dem Landweg, zum anderen als „Maritime Seidenstraße“. Diese erschließt den Indischen Ozean von der ostafrikanischen Küste und dem Gebiet des Persisch-Arabischen Golfs bis an die Küste Chinas. Es handelt sich dabei einmal um ein

Verkehrsinfrastrukturprojekt in den Anrainerstaaten des Indischen Ozeans. Das Projekt dient dem Auf- und Ausbau von Hafenstützpunkten an der für China wichtigen Seehandelsroute im Indischen Ozean, die China mit Rohöl und anderen Rohstoffen aus Afrika und Westasien versorgt. Auf der gleichen Route transportiert China seine Fertigwaren in Richtung Westen. Dazu gehören u. a. Häfen wie Djibouti, wo chinesische Kriegsschiffe stationiert sind, Gwadar (Pakistan), Hambantota (Sri Lanka), Kyaukphyu (Burma). China finanziert durch Kredite und baut mit seinen Firmen und mit seinen Arbeitskräften, woraus das

Abbildung 1: Übersichtskarte Sri Lanka



<https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/de/Ceylan-map.png>

Akil Yunus

Die Neue-Seidenstraßen-Initiative – Kennzeichen eines revisionistischen oder eines integrativen China?

Wird China der nächste globale Hegemon? Wird Chinas Aufstieg friedlich verlaufen oder zu Lasten seiner asiatischen Nachbarn gehen? Was bedeutet das für die chinesisch-amerikanischen Beziehungen, vor allem im Kontext des amerikanischen Einflusses in der Region? Dies sind nur einige der Fragen, die Wissenschaftler für internationale Beziehungen zu beantworten versuchten, seit Deng Xiaoping eine couragierte chinesische Außenpolitik verkündete, die Chinas Rolle in der Region revolutionierte. Dengs Erbe nahm Präsident Xi Jinping auf, als er 2013 ankündigte, dass China die ehrgeizige Initiative eines „Seidenstraßen-Wirtschaftsgürtels“ und einer Maritimen Seidenstraße des 21. Jahrhunderts in Angriff nehmen werde (im Folgenden kurz OBOR). Die langfristige Vision zielt darauf, den eurasischen Kontinent über ein sich von Ostasien bis Westeuropa erstreckendes integriertes Land- und Seehandelsnetzwerk zu verbinden (Campbell 2017).

OBOR kann als Kulminationspunkt des stetigen Aufstiegs Chinas in den letzten Jahren angesehen werden. Die Ankündigung von Präsident Xi löste eine scharfe Debatte über die Bestrebungen des Landes in der Region aus. Vorliegende Forschungen implizieren, dass OBOR der bislang klarste Hinweis auf Chinas revisionistische¹ Tendenz ist, d. h. es versuchen wird, den Einfluss der USA in Frage zu stellen (Cai 2017; Chi 2015; Ghiasy, Zhou 2017). Andere legen hingegen nahe, dass China lediglich danach strebe, sich wirtschaftlich in den globalen Status quo zu integrieren (Summers 2016; Djankov, Miner 2016). Dieser Aufsatz zielt darauf, Chinas zukünftige regio-

nale Strategie zu prognostizieren, indem die Sicherheitsmotive hinter OBOR analysiert werden.

Als Erstes werden zwei konkurrierende Theorien der internationalen Beziehungen vorgestellt, deren Anwendung auf Chinas Aufstieg geeignet erscheint. Zunächst wird das von John Mearsheimer zuerst entwickelte offensiv-realistische Modell erörtert. Er argumentiert, dass Chinas anhaltendes Wachstum in Asien in einem direkten Sicherheitswettbewerb mit den USA steht und daher die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen den beiden Großmächten erhöhen wird (Mearsheimer 2014: 360-411).

Dieser Theorie wird eine neoliberalistische Betrachtung des Aufstiegs Chinas gegenübergestellt. In deren Sicht zielt insbesondere Chinas „neuer Sicherheitsansatz“ darauf, die Interessen des Landes durch wirtschaftliche Interdependenz und gemeinsame Ziele zu wahren (Zhang, Tang 2005).

Im Anschluss werden die Hauptziele von OBOR reflektiert und wie diese nach einem „Jahrhundert der Demütigung“ den „chinesischen Traum“ verwirklichen sollen. Dabei werden die Sicherheitsmotive von OBOR anhand der vorhandenen Blaupause analysiert und aufgezeigt, dass diese weitgehend realistischer Natur sind. In der Zusammenfassung wird vorgeschlagen, China langfristig als eine revisionistische Macht zu betrachten.

Der Aufsatz beschränkt sich darauf, OBOR in erster Linie durch ein traditionelles Sicherheitsprisma zu beurteilen. Es wird nicht versucht, die umfassenderen Implikationen oder die Durchführbarkeit eines solchen groß an-

gelegten Vorhabens zu diskutieren. Viele Kommentatoren haben daran Zweifel geäußert.

Ein unfriedlicher Aufstieg?

Neorealistische Wissenschaftler wie Mearsheimer (2014: 362) haben lange geglaubt, dass Chinas zunehmende Macht es unweigerlich auf einen Kriegspfad gegen die USA bringen wird, während seine regionalen Nachbarn wie Japan, Südkorea und Russland einer von den USA angeführten Koalition beitreten werden um Chinas Aufstieg einzudämmen. Um dieses Szenario zu begründen, schlägt Mearsheimer das Konzept eines „offensiver Realismus“ vor, eine Variante des Realismus. Er argumentiert, dass die anarchische Weltordnung Staaten dazu zwingt, sich aggressiv zueinander zu verhalten, um ihre eigene Sicherheit zu wahren (ebd.: 3). Im Zusammenhang mit China geht er davon aus, dass es langfristig versuchen wird, Asien so zu kontrollieren, wie die USA den Westen kontrolliert hat. Da beide Mächte versuchen werden, die andere daran zu hindern, mehr Macht zu Lasten der anderen zu gewinnen, würde dies zu einer Konfrontation führen (ebd.: 361). Dieses Sicherheitsdilemma erklärt Glaser (2011) und legt nahe, dass China ungeachtet gutmeinender Absichten letztendlich in die Auseinandersetzung mit den USA gezwungen wird, da Washington wahrscheinlich mit selbstbewussten Maßnahmen auf Pekings Wirtschaftswachstum reagieren und damit eine Eskalation einleiten wird, die den gegenseitigen Argwohn verstärkt.

Um die Argumentation hinsichtlich eines von China verfolgten offensiven Ansatzes für die regionale Sicherheit zu rechtfertigen, verweisen Realisten auch auf dessen militärische Haltung in der jüngeren Vergangenheit. Zum einen hat China einseitig ein militärisches Modernisierungsprogramm gestartet, um seinen Status als aufstrebende Macht zu festigen (Shambaugh 2005: 38). Wie zu erwarten, führte das zu Besorgnis bei den Nachbarn, die offenbar eigene „Absicherungsstrategien“ verfolgen (ebd.: 41), was die Sicherheitsdynamik in der Region ungewollt noch weiter verkompliziert. In Südostasien wird diese Bedrohung

durch Chinas zunehmend hartnäckiges Verhalten in den Seestreitigkeiten im Südchinesischen Meer (Swaine 2005; Glaser 2011) verschärft, wo es militärische Operationen durchgeführt hat, die von einem von den Vereinten Nationen unterstützten Tribunal als rechtswidrig eingestuft wurden. Dessen Entscheidung hat Peking vehement abgelehnt (Phillips, Holmes, Bowcott 2016).

Es ist festzustellen, dass China im Grunde genommen danach strebt, seinen eigenen nationalen Interessen zu dienen, insbesondere denen der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh). Das stützt den realistischen Standpunkt. 2009 erinnerte ein chinesischer Diplomat seine amerikanischen Kollegen bei einem Wirtschaftsdialo g daran, dass Chinas Kerninteressen in der Wahrung der Macht der KPCh, der nationalen Souveränität und territorialen Integrität sowie der wirtschaftlichen Stabilität liegen (zitiert in Yahuda 2011: 301). Yahuda interpretierte dies als eine offizielle Erklärung aus Peking, mit der unverändert die USA und der Westen beschuldigt werden, Chinas rechtmäßigen Aufstieg abwürgen zu wollen (ebd.: 302). Darüber hinaus haben chinesische Staats- und Regierungschefs bei zahlreichen Gelegenheiten Bedenken gegen das US-Bündnisssystem in Ostasien geäußert (Gill 2005: 262). Das „neue Sicherheitskonzept“ Chinas stellt folglich eine direkte Alternative zum amerikanischen Sicherheitsmodell in der Region dar (ebd.: 261). Zumindest aus realistischer Sicht deutet dies darauf hin, dass China sich tatsächlich darauf vorbereitet, die regionale Kontrolle durch die USA langfristig in Frage zu stellen.

Das „neue Sicherheitskonzept“

Es kann geschlussfolgert werden, dass die offensiv-realistische Sicht von Mearsheimer in Bezug auf die Absichten Chinas in der Region eher eine pessimistische darstellt. Er prophezeit als Worst-Case-Szenario einen Krieg. Es gibt jedoch Hinweise, die nahe legen, dass Chinas Aufstieg friedlich sein kann, da seine Aktivitäten weitgehend den Versuch darstellen, sich durch eine verstärkte wirtschaftliche Zusam-

menarbeit mit seinen Nachbarn in den gegebenen Status quo zu integrieren. Letztendlich würde ein selbstbewusstes und militärisch ehrgeiziges China seine wirtschaftliche Entwicklung gefährden, erst recht, wenn zwei wichtige Interessengruppen – die USA und Japan – negativ reagieren (Goldstein 2008: 82). Daher wird geschlussfolgert, dass China sich für einen Ansatz entschieden hat, der eher einer neoliberalen Sicht entspricht, indem es sich zu einem „Markt für regionale Staaten und einen Anbieter von Investitionen und Technologie für die Region“ entwickelt (Zhang, Tang 2005: 51). Dieser Ansatz entspricht der Vision des 1997 von Präsident Jiang Zemin eingeführten „neuen Sicherheitskonzepts“, das auf der Idee basiert, dass friedliches Zusammenleben und regionale Stabilität durch für beide Seiten vorteilhafte wirtschaftliche Interaktionen erreicht werden können (Sutter 2005; Gill 2005).

Chinas friedlicher Aufstieg, so argumentiert Yahuda (2011), hängt davon ab, ob es seine nationalen Interessen in Abstimmung mit anderen regionalen Akteuren und nicht auf deren Kosten verfolgen kann. Peking neigt anscheinend zu ersterem und hat dabei die Bedenken der Nachbarn hinsichtlich seiner zunehmenden militärischen Macht geschickt beruhigt. Dies geschah durch aktive Beteiligung an bilateralen und multilateralen Initiativen wie dem ASEAN Regional Forum (ARF), durch Sicherheitsdialoge mit Ländern wie Japan und Indien, durch wechselseitigen militärischen Austausch und die Veröffentlichung von Verteidigungsweißbüchern auf Geheiß seiner Nachbarn (Shambaugh 2005: 39-41). Darüber hinaus hat es aktive Rollen in internationalen Institutionen wie der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftskooperation (APEC), der Welt handelsorganisation (WTO) und der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) übernommen. Eine stärkere Beteiligung Chinas an diesen Institutionen verringert die Wahrscheinlichkeit von Konflikten beim Machtwechsel und bietet die ideale Plattform für eine friedliche Integration in den Status quo (Ikenberry 2008). Ein Beispiel für eine erfolgreiche Integration sind die Beziehungen zwischen ASEAN und China, die sich von einer Beziehung der Feindseligkeit in den 1960er Jahren zu einer

strategischen Partnerschaft entwickelten und die über den jährlichen Ostasiengipfel erhalten wurde (Qin, Wei 2008: 130). In diesem Sinne verstärkt Chinas zunehmend offene Haltung gegenüber seinen Nachbarn, die mit dem Bestreben verbunden ist, seine eigene Wirtschaft zu reformieren, die offensichtliche Verschiebung hin zu einem neoliberalen Ansatz. Wie Wu (2010) feststellt, handelt es sich jedoch nicht um den Neoliberalismus im traditionellen Sinne. Er verweist darauf, dass das chinesische Modell „aus zwei scheinbar widersprüchlichen, sich jedoch ergänzenden Elementen besteht: einem Marktmechanismus und einer starken staatlichen Kontrolle“ (ebd.: 628). Dieses selektive neoliberale Modell hat es China dem Anschein nach in den letzten Jahren ermöglicht, deutliche Fortschritte bei seinen ausländischen Aktivitäten zu erzielen, und es diene als Anstoß für sein bisher größtes Ziel – die Neue-Seidenstraße-Initiative.

OBOR: Der „Chinesische Traum“

Die Neue-Seidenstraße-Initiative wird weithin als wegweisende außenpolitische Initiative des chinesischen Präsidenten Xi Jinping angesehen. Sie wurde erstmals während eines Staatsbesuchs in Kasachstan im September 2013 angekündigt, bei dem Xi, wie von Wu und Zhang (2013) berichtet, einen Wirtschaftsgürtel (den „Gürtel“) vorschlug, der China im Wesentlichen mit Zentralasien, Russland, Südostasien, dem Nahen Osten, den europäischen und baltischen Staaten verbinden würde. Auf dem APEC-Gipfel und dem Ostasiengipfel in Indonesien im darauf folgenden Monat ging Xi auf die Idee ein, eine Maritime Seidenstraße des 21. Jahrhunderts (die „Straße“) zu bauen, die „auf einer Route von Chinas Küste nach Europa durch das Südchinesische Meer und den Indischen Ozean und auf einer anderen Route von Chinas Küste durch das Südchinesische Meer bis zum Südpazifik führen würde“ (Summers 2016: 1630). Der „Gürtel“-Teil umfasst den Bau von Hochgeschwindigkeitsbahnen, Straßen und Gaspipelines entlang des eurasischen Kontinents, während sich die „Straße“ auf ein ausgedehntes Netz von Seeverbindungen bezieht,

Ulrich Busch

„Artisten-Metaphysik“

Friedrich Nietzsches literarische Briefe

Friedrich Nietzsche schrieb in seinem Leben mehr als 3.000 Briefe, Postkarten und Mitteilungen, wovon 2.850 erhalten geblieben sind (Ottmann 2000: 169). Dieser Korpus stellt eine beachtliche Leistung dar, denn, wenn man die Kinder- und Jugendzeit abzieht, blieben dem Verfasser kaum 24 Jahre für seine Korrespondenz. Die Briefe Nietzsches liefern der Nachwelt wesentliche Erkenntnisse über die Entstehung seiner Schriften sowie über seine literarischen Pläne und Vorhaben. Sie vermitteln Informationen über das erste Auftauchen philosophischer Ideen und literarischer Einfälle. Insofern bilden sie eine wertvolle Ergänzung zu dem veröffentlichten Werk. Einerseits enthalten sie die gleichen Gedanken und Ansichten wie die publizierten Schriften und nachgelassenen Aufzeichnungen, wenn auch weniger ausgefeilt. Dafür aber sind sie häufig umso schärfer und kompromissloser formuliert. Andererseits erlauben sie, weil sie eben *keine* veröffentlichten Werke sind, einen unmittelbaren und authentischen Einblick in das Leben, Denken und Fühlen ihres Verfassers: „Das Eine bin ich“, vermerkte Nietzsche in „Ecce homo“, „das Andere sind meine Schriften“ (KSA 6: 298). Für seine Briefe hätte er eine derart apodiktische Unterscheidung nicht getroffen, denn sie sind in hohem Maße persönlich gehalten und nicht in Hinblick auf eine spätere Publikation verfasst worden. Gegen eine solche hat sich Nietzsche sogar dezidiert ausgesprochen. So schrieb er 1879 an seinen Verleger Ernst Schmeitzner: „Aus meinen Briefen etwas abdrucken rechne ich zu den großen Vergehungen. Das thut mir so weh,

wie wenig Anderes – es ist der größte Vertrauens-Mißbrauch.“ (KSB 5: 395)

Nichtsdestotrotz begann das Nietzsche-Archiv unter Leitung von Elisabeth Förster-Nietzsche unmittelbar nach dem Tode des Philosophen mit der Veröffentlichung seiner Korrespondenz. Die Publikation der Briefe erschien, abgesehen von den Fälschungen und Unterlassungen durch die Schwester, dadurch legitimiert, dass sie Zeitdokumente allerhöchsten Ranges darstellen, deren „Stil und Geist“ nicht nur Auskunft über ein Leben geben, über eine Person, über deren Denken, Fühlen, Handeln und Werk, sondern zugleich bedeutende „Zeichen“ ihrer Zeit sind (KSA 3: 557). Als solche sind sie, um eine Epoche richtig zu verstehen, um authentische Einblicke in einen Abschnitt der Geistesgeschichte zu erhalten und um die Stellung des Verfassers in ihr vollends zu begreifen, für die Nachwelt unverzichtbar. Sie zählen daher „ebenso gewiß zu seinen Schriften [...] wie jeder seiner Aphorismen“ (Nehamas 2012: 39), wie seine Dichtungen, Essays und Kompositionen.

So interessant Briefe für biografische Recherchen auch sind, so verkörpern sie *an sich* doch noch keine eigenständige Kulturform. Zu einer solchen werden sie aber, wenn sie hinsichtlich ihres Stils etwas Besonderes vorstellen und sich dadurch von der üblichen privaten, amtlichen oder beruflichen veranlassten Korrespondenz abheben. Sie repräsentieren dann einen eigenständigen kulturellen Wert und sind Ausdruck einer *literarischen Briefkultur*. Für Nietzsches Briefe gilt dies uneingeschränkt, denn sie besitzen „einen literarisch und philosophisch anerkannten Rang, sie ge-

hören in das Ganze seiner ‚Mitteilungen‘ an die Welt, das aus Werken, nachgelassenen Fragmenten und Schriften, Briefen, zeitgenössischen Zeugnissen über ihn besteht“ (Montinari in: KSB 1: VIII). Umso erstaunlicher ist es, dass eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Briefen und ihre Würdigung „als literarische Texte“ und Kulturleistungen bislang ausgeblieben ist,¹ obwohl mit der Edition des kompletten Werkes Nietzsches auch die vollständige Publikation seines Briefwechsels vorliegt.²

Briefe als Kunstform

Eine entwickelte Briefkultur gab es bereits in der Antike. Schon damals verkörperten Briefe eine besondere literarische Form, sie wurden sorgfältig und stilbewusst abgefasst und als kulturelle Leistungen oder sogar als Kunstwerke angesehen und verbreitet. Exemplarisch seien die Briefeditionen von Cicero, Seneca und Plinius d. J. angeführt, die Nietzsche als Altphilologe bestens gekannt hat. In der Renaissance knüpften insbesondere die Humanisten an die antike Brieftradition an. Die Mehrzahl dieser Episteln war jedoch nicht rein privat, sondern von vornherein für eine Veröffentlichung bestimmt gewesen. Sie wurden deshalb ganz bewusst kunstvoll verfasst. Diese Praxis fand im 17. und 18. Jahrhundert ihre Fortsetzung. Eindrucksvolle Belege dafür sind die Briefe von Michel de Montaigne, Pierre Charron, Blaise Pascal, der Moralisten François de La Rochefoucauld, Jean de La Bruyère, Nicolas Chamfort, Ferdinando Galiani und Fürst von Ligne sowie von Montesquieu und Voltaire, die zu Nietzsches Vorbildern zählten (vgl. KSB 3: 172; 5: 146, 216; 6: 35f., 84, 145; 8: 190, 204, 360, 483). Einen echten Höhepunkt erreichte die Briefkultur mit der Marquise de Sévigné (1626–1696). Die postum veröffentlichte Sammlung umfasst rund 1.500 Briefe der Marquise an ihre Tochter Françoise. Sie wirkte in Frankreich unter Ludwigs XIV. stilbildend. Nietzsche kannte diese Briefe und hat sie seiner Mutter und Schwester 1881 ausdrücklich als Lektüre empfohlen (KSB 6: 62). Als er sich gegenüber Heinrich Köselitz

(1854–1918) einmal anerkennend über dessen Schreibstil äußerte, meinte er, dieser sei „von einem feinen und freundlichen Geiste eingegeben“, wofür Madame de Sévigné ihm „ein Compliment“ gemacht haben würde (ebd.: 63). Ähnliches gilt für andere, insbesondere französische Autoren (vgl. Langer 1941), deren elegante und pointierte Briefkunst Nietzsche bewunderte und teilweise nachgeahmt hat. Unter den deutschen Stilisten schätzte er besonders Lichtenberg, Goethe, Heine und Schopenhauer. Dies betrifft vor allem die Lebendigkeit des Ausdrucks und deren geschliffene Schreibart (vgl. KSA 2: 233; KSB 3: 8, 41; 5: 264, 426; 6: 350; 8: 27, 359f.).

Walter Kaufmann konstatierte, Nietzsches Bücher ließen sich „leichter lesen“, seien aber „schwerer“ zu verstehen als die Bücher fast jedes anderen Denkers (Kaufmann 1988: 84). Dies gilt indes nicht für seine Briefe. Ganz im Gegenteil. Diese erschließen sich dem einfühlsamen Leser ziemlich leicht, da sie im Stil weniger artifiziell und in der Aussage klarer sind als seine Bücher. Auch verzichtete Nietzsche hierin weitestgehend auf die sonst so exzessiv gepflegte Metaphorik und die für ihn typische und daher unaufhebbare „Zweideutigkeit und Vieldeutigkeit“ (Jaspers 1981: 232, 322, 333). Trotzdem hielt er auch in den Briefen an seinem Bemühen, die Differenz von Form und Inhalt aufzuheben, in bestimmtem Maße fest. Dieses Vorgehen entsprach seinem Selbstverständnis als Künstler, als einem *philosophischen Künstler*, wie er es in einem Aphorismus selbst formuliert hat: „Man ist um den Preis Künstler, daß man Das, was alle Nichtkünstler ‚Form‘ nennen, als ‚Inhalt‘, als ‚die Sache selbst‘ empfindet. Damit gehört man freilich in eine *verkehrte* Welt: denn nunmehr wird einem der Inhalt zu etwas bloß Formalem, – unser Leben eingerechnet.“ (Nietzsche 1930: 552 [Nr. 818])

Bereits in seinem Erstlingswerk, der „Geburt der Tragödie“ (1872), behauptete Nietzsche, das Dasein der Welt sei „nur als *ästhetisches Phänomen*“ gerechtfertigt. Er maß folglich der „künstlerischen Zeugung“ einen besonderen Wert bei (KSA 1: 17, 47). In Übereinstimmung damit ist sein Werk, trotz wissenschaftlichen Anspruchs, irgendwo zwischen

Ulrich van der Heyden

Die Umbenennung der Berliner „Mohrenstraße“ – eine Blamage

Es war nach dem Beschluss des Bundestages im Jahre 1999, den Regierungssitz nach Berlin zu verlegen. Das Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration wurde in diesem Zusammenhang ans Bundeskanzleramt angegliedert und zog etwa 2005 in die altherwürdige Mohrenstraße in Berlins Mitte. Als die damalige Amtsleiterin eines Morgens in ihr Büro eilte, stellte sie fest, dass auf dem Straßenschild vor dem Gebäude ihres Hauses jemand auf dem O des Straßennamens zwei Strichelchen gesetzt hatte und so das O zu einem Umlaut machte. Das verwunderte die Politikerin und sie beauftragte ihren Referenten, die Ursachen bzw. die Begründung für diese inoffizielle Straßennamenänderung, die am folgenden Tag vermutlich vom Straßenamt wieder „rückgängig“ gemacht wurde, herauszufinden. Jener machte sich kundig und tauchte in meinem Büro auf, denn ich hatte zu den Ursachen der Namensgebung der Mohrenstraße schon seit etwa zwei Jahrzehnten geforscht und ein Buch zur Geschichte der brandenburgisch-preußischen kolonialen Ambitionen von Beginn der 1680er Jahre bis zum Beginn der 1720er Jahre verfasst (vgl. van der Heyden 1993). Über diese historische Episode der Anfänge einer gemeinsamen deutsch-afrikanischen Geschichte wurde dann eine TV-Dokumentation gedreht und ein Verein, der „Brandenburg – Princes-Town – Eine Welt e. V.“, in Potsdam gegründet, der sich in seinen Aktivitäten und Zielen auf die historischen Beziehungen der Brandenburger zu den Nachfahren der damaligen afrikanischen Küstenbevölkerung bezog. Das in Potsdam ansässige Brandenburgische Entwicklungs-

politische Institut (BEPI) unter Leitung von Professor Walter Hundt erhielt eine eigene Abteilung „Brandenburgische Kolonialgeschichte“ (vgl. Hundt u. a. 1997; van der Heyden 1995). Vor allem der Verein sowie die BEPI-Abteilung setzten sich für ein gegenseitiges Kennenlernen, für regionalbezogene Entwicklungszusammenarbeit und Popularisierung dieser besonderen Verbindungen zwischen den heutigen Menschen im Bundesland Brandenburg und den Menschen in Ghana, die am Fuße der auf Befehl des Großen Kurfürsten von Brandenburg (1620–1688) errichteten Festung Großfriedrichsburg leben, ein (vgl. van der Heyden 2008a). In diesem historischen Zusammenhang gelangte auch die Entstehung des Namens der Mohrenstraße in Berlin in den Fokus der einschlägigen Forschungen. Denn die Verleihung dieses Namens für den Verkehrsweg in der Friedrichstadt, dem historischen Areal im späteren Stadtbezirk Mitte, offenbart kognitive Zusammenhänge zur brandenburgischen Handelskolonie Großfriedrichsburg.

Nach langen Gesprächen mit dem damaligen Referenten im Bundesamt für Migration, Flüchtlinge und Integration einigten wir uns, dass ich zu dieser Thematik den historischen Hintergrund für die Straßenbenennung zu Papier bringe. 2008 erschien das Buch „Auf Afrikas Spuren in Berlin. Die Mohrenstraße und andere koloniale Erblasten“ (van der Heyden 2008b). Dort, aber auch in weiteren Artikeln, etwa in populärwissenschaftlichen Sammelbänden über die kolonialen Erinnerungsorte in der deutschen Hauptstadt (van der Heyden; Zeller 2002) war somit die Mög-

lichkeit gegeben, sich zum historischen Wissensstand über die Entstehung des Namens dieser alten Berliner Straße zu informieren.

Wie die Mohrenstraße zu ihrem Namen kam

Im Berliner Bezirk Mitte wurde bereits Ende des 17. Jahrhunderts ein unbefestigter Weg als „Mohrenweg“ bezeichnet. Bei der Anlage der Friedrichstadt war er als Querverbindung zur Friedrichstraße entstanden. Den Namen hatte die nicht allzu lange Verkehrsverbindung deshalb erhalten, weil hier eine Delegation afrikanischer Repräsentanten aus der brandenburgischen Kolonie Großfriedrichsburg in einem Gasthaus vor den Toren Berlins für einige Monate einquartiert war. Es handelte sich um eine Abordnung von Häuptlingen oder Ältesten unter Leitung des Häuptlings Janke aus der Ortschaft Poqueso, welche später, nach dem Tode des Großen Kurfürsten im Jahre 1688 und der Übernahme der Macht durch den brandenburgischen Kronprinzen, den bis heute beibehaltenen Namen Princes Town im heutigen Ghana annahm (vgl. van der Heyden 1993, 2001, 2014).

Die afrikanischen Bewohner des Küstenstreifens hatten den Brandenburgern in der Frühen Neuzeit geholfen, am Rande ihrer Siedlung die Festung Großfriedrichsburg zu errichten. Dafür erwarteten sie von dem brandenburgischen Herrscher Schutz vor ihnen feindlich gesonnenen Ethnien, aber auch vor der kolonialen Konkurrenz der Brandenburger, denn hier tummelten sich auch Niederländer, Engländer, Franzosen, Portugiesen, Dänen, Schweden und Kurländer, die mit überseeischem Handel, vor allem mit dem mit Menschen, Profit erlangen wollten. Als 26 Persönlichkeiten als offizielle Gesandtschaft aus jener Region in Berlin eingetroffen waren, unterzeichneten sie ein Schriftstück, in dem ihre Verbundenheit mit dem brandenburgischen Herrscher ausgedrückt wurde. Es besagt, dass sie sich freuten, unter seinem Schutz und seiner Protektion zu leben, sie entschlossen seien, alle geschlossenen Verträge einzuhalten, und sie sich keinesfalls unter eine andere

europäische Herrschaft stellen würden. Friedrich Wilhelm antwortete darauf huldvoll in schriftlicher Form. Da er mehrfach auf die afrikanische Abordnung traf, dürften sich beide Seiten auch mündlich ausgetauscht haben.

Die Afrikaner wurden am Hofe wie europäische Diplomaten bzw. Herrscher empfangen, genossen die Gastfreundschaft wie andere „fremdländische“ diplomatische Delegationen. Erst nach einiger Zeit kehrten sie in ihre westafrikanische Heimat zurück. Dass Afrikaner seinerzeit so behandelt wurden, vermögen einige Berliner, die sich gern als Aktivisten bezeichnen und die sich an Demonstrationen und Protestveranstaltungen beteiligen, die eine Umbenennung der Mohrenstraße mehr lauthals als argumentativ fordern, nicht zu verstehen; auch nicht, dass eine so große Delegation afrikanischer Würdenträger, ohne auf Rassismus zu stoßen, in Berlin weilte (z. B. Kopp 2015). Von einem solchen Unverständnis oder Unwillen, sich mit der Historie zu beschäftigen, zeugt auch eine große Anzahl von auf den Demonstrationen verteilten Flyern (vgl. van der Heyden 2019).

In den bei solchen Gelegenheiten geführten Gesprächen haben nicht nur der Verfasser, sondern auch andere Besucher der Protestveranstaltungen den Eindruck gewonnen, dass den Umbenennungsbefürwortern gewaltsam nach Berlin verschleppte Opfer für ihr Weltbild besser verständlich sind. Negiert, geradezu abgelehnt werden andere, zumal wissenschaftlich belegbare Argumente bzw. es scheinen entsprechende Forschungsergebnisse unbekannt zu sein, wie die beachtenswerte Studie von Christina Brauner (2015), die unter anderem nachweist, dass es über diese frühneuzeitlichen Formen der Diplomatie umfangreiche (allerdings von Europäern stammende) Quellen und Forschungsarbeiten gibt. Zudem ist anzumerken, dass ein solches von Kopp und anderen geleugnetes Vertragsdokument mit allen Namen der damaligen Unterzeichner sehr wohl existiert und auch schon mehrfach veröffentlicht worden ist. Möglicherweise kann dieses auch vor oder nach der Europareise von Häuptling Janke unterschrieben worden sein. Jedenfalls bestätigen dem Verfasser dieser

Zeilen während eines Feldforschungsaufenthalts die heutigen Einwohner von Princes Town die erste Reise von Bewohnern ihres Ortes ins ferne Europa sowie die sich auf der Liste befindlichen Namen, von denen sie aus ihren oralen Überlieferungen wissen. Einige Nachfahren der damals Beteiligten leben noch heute dort.

Die Anwesenheit der afrikanischen Delegation, im damaligen Sprachgebrauch „Mohren“, rief so starke Aufmerksamkeit unter der Berliner Bevölkerung hervor, dass man die Strecke, auf der man die Fremden des Öfteren zu ihrer Unterkunft gehen und fahren sah, zunächst Mohrenweg nannte. Dieser Name wurde dann der Wortstamm für die amtliche Straßenbezeichnung.

Später, so eine weitere überlieferte Information zur Mohrenstraße, waren in den 1787 am östlichen Ende der Mohrenstraße errichteten „Mohrenkolonnaden“ Militärmusiker einquartiert. Hier residierten die Janitscharen. Das waren in der Regel fremdländische Militärmusiker, die durch einen marschartigen Rhythmus mit vornehmlich Metallschlaginstrumente ein besonders exotisch anmutendes „türkisches Kolorit“ entstehen ließen. Unter den Musikern befanden sich auch einige Schwarzafrikaner. Diese Musiktruppe wurde über Preußen hinaus bekannt und diente an anderen europäischen Höfen bald als Vorbild (Duchardt 1985: 374).

Die Uniformen des Janitscharen-Musikcorps unterschieden sich von denen der anderen preußischen Militärmusiker: „Blau, unten ganz weit und rundumb mit Falten, die Ärmel, Aufschläge und Fordertheile am Rocke sind mit güldenen Schleifen besetzt, dazwischen silbern gepremet, welche an beiden Enden silberne Frantzen haben“ (Panoff 1938: 74; vgl. auch Rischmann 1936: 82-84). Um den Hals trugen sie einen zwei Finger breiten abnehmbaren Ring aus gediegenem Silber und ebensolche Ohrgehänge. Um die Ausstattung den damaligen Vorstellungen von Exotik anzupassen, waren sie mit einem weißen oder bunten Turban auf dem Kopf ausgestattet. Es wurden damals alle südlich Europas angesiedelten Völkernschaften, also auch die Afrikaner, als Muslime angesehen, die nach damaliger

Auffassung Turbane tragen mussten. Deshalb bezeichnete man sie zuweilen auch als „Türken“ oder eben Mauren. Sie mussten sich (im Unterschied zu den anderen preußischen Soldaten) keinen Zopf flechten und ihre Haare bleiben ungepudert. Im Standardwerk zur Geschichte der afrikanischen Diaspora in Deutschland schreibt Peter Martin (1993: 125): „Da man die meisten von ihnen für Mohammedaner hielt, trugen sie angeblich wegen ihres Glaubens, in Wahrheit aber wohl wegen des exotischen Gepräges, statt des üblichen Huts einen bunten Turban. Einige echte Türken, die ursprünglich zu der Truppe gehört hatten, wurden nach ihrem Ausscheiden durch Tod oder andere Gründe in der Regel durch schwarze Musiker ersetzt, so daß sich später (1786) der türkische Botschafter Ahmad Effendi mit säuerlicher Miene und den Worten: ‚Das ist nicht türkisch!‘ an Friedrich II. wandte, als dieser ihm zu Ehren seine schwarzen ‚Türken‘ aufziehen ließ“.

In Preußen unter dem „Soldatenkönig“ wurde – wie bei den bekannten „langen Kerls“ – beim soldatischen Nachwuchs besonderer Wert auf große und stattlich anzuschauende Afrikaner gelegt, die in der Janitscharentruppe Dienst tun sollten. Noch heute gibt es in der deutschen Hauptstadt die „Berliner Janitscharenkapelle“, die sich selbst „Berlin Mehter Takımı“ nennt, im Jahre 1991 gegründet worden ist und durch bundes- und europaweite Konzerte diese musikhistorische Kunstform weiterleben lässt.

Groteske Argumente für eine Umbenennung

Basiert „der jetzige Name der Straße, in der versklavte Minderjährige aus Afrika lebten, die am brandenburgisch-preußischen Hof dienen mussten [...] auf einer rassistischen Fremdbezeichnung und verletzt die Würde Schwarzer Menschen“, wie einer der Umbenennungsbefürworter in einem Zeitungsinterview (Schmalenbach, Bobileva 2014) zu Protokoll gab? Wie war es wirklich bestellt um den sozialen Status der Mohren, worunter nicht nur Schwarzafrikaner verstanden wurden, die in

Berliner Debatte Initial 31 (2020) 4

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© **Berliner Debatte Initial e.V.**,
Ehrenpräsident Peter Ruben.
Berliner Debatte Initial erscheint viermal
jährlich.

Redaktionsrat: Harald Bluhm,
Wladislaw Hedeler, Cathleen Kantner,
Raj Kollmorgen, Rainer Land, Udo Tietz,
Andreas Willisich.

Redaktion: Ulrich Busch, Erhard Crome,
Wolf-Dietrich Junghanns, Thomas Möbius,
Gregor Ritschel, Robert Stock,
Matthias Weinhold, Johanna Wischner.

Redaktionelle Mitarbeit: Hans Zillmann.

Verantw. Redakteur: Thomas Müller.

Vi.S.d.P. für dieses Heft: Erhard Crome.

Satz: Rainer Land.

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der
Redaktion zu erfragen.

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de
<http://www.berlinerdebatte.de/>

Berliner Debatte Initial erscheint bei
WeltTrends, Medienhaus Babelsberg
August-Bebel-Straße 26-53
D-14482 Potsdam
www.welttrends.de

Preise: Einzelheft 15 €,
Jahresabonnement 40 €, Institutionen 45 €,
Studenten, Rentner und Arbeitslose 25 €.
Für ermäßigte Abos bitte einen Nachweis
(Kopie) beilegen. Das Abonnement gilt
jeweils für ein Jahr und verlängert sich um
jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen
vor Ablauf gekündigt wird.

Bestellungen: Einzelhefte im Buchhandel;
Einzelhefte (gedruckt oder als PDF) und ein-
zelne Artikel (als PDF) im Webshop:
<http://shop.welttrends.de/>
E-Mail: bestellung@welttrends.de
Telefon: +49/331/721 20 35
Fax: +49/331/721 20 36
(Büro WeltTrends)

Abonnement per Mail, telefonisch oder per Post

bestellung@welttrends.de
+49/331/721 20 35

WeltTrends, Medienhaus Babelsberg
August-Bebel-Straße 26-53
D-14482 Potsdam

Ich bestelle ein Abonnement der Berliner Debatte Initial ab Heft

- Jahresabonnement 40 € (Institutionen 45 €).
- Abonnement ermäßigt 25 Euro (Studenten, Rentner, Arbeitslose etc.),
Nachweis bitte beilegen.

Name:

Straße, Nr.:

Postleitzahl: Ort: Telefon:

Ich weiß, dass ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen bei der Bestelladresse schriftlich
widerrufen kann.

Datum, Unterschrift: